

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00
FDP im Internet: <http://www.fdp.ch> E-Mail: gs@fdp-prd.ch
Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich); Kretz AG (Feldmeilen)

FDP SCHWEIZ IN ZÜRICH  *Nein zu Technologieverboten*

Verbote Nein, Kontrolle Ja

Die ausserordentliche Delegiertenversammlung der FDP Schweiz vom 24. Januar 1998 in Zürich war voll und ganz der Gentechnologie gewidmet. Kontradiktorische politische Reden, Fachreferate und eine engagierte Podiumsdiskussion trugen zur Meinungsbildung bei. Das Resultat der Parolenfassung überrascht kaum: Nein zur Genverbots-Initiative.

Die Versammlung der FDP Schweiz konnten auf eine ausgesprochen aufmerksame Zuhörerschaft zählen. Professor Francis Waldvogel (Grundsätze), die Professorinnen Heidi Diggelmann (Forschungsstandort) sowie Sabina Liechti-Gallati (Medizin), Professor Hans-Peter Schreiber (Ethik), Christophe Lamps (Wirtschaftsstandort) und Margrit Krüger (Lebensmittel) bestritten die Fachreferate.

Einen eigentlichen politischen Schlagabtausch lieferten sich Nationalrätin Ruth Gonseth (Grüne/BL) und Nationalrat Johannes Randegger (FDP/BS): Während Gonseth darauf bestand, dass die Genverbots-Initiative auch aus medizinischer Warte vertretbar sei, bezeichnete Randegger die Vorlage als eine Initiative von Gesunden für Gesunde. FDP-Bundesrat Kas-

par Villiger legte die Stellungnahme des Bundesrates dar. Auch er sieht keinen Sinn in einem solchen Technologieverbot, will aber die vorhandenen Risiken der Gentechnologie mit dem Gen-Lex-Paket in den Griff bekommen. Villiger sprang kurzfristig für den verunfallten Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz ein, dem die Versammlung die besten Wünsche für eine rasche Genesung aussprach. Die Delegierten sprachen sich in Einmütigkeit für die Nein-Parole zur Genverbots-Initiative aus.

FDP-Präsident Franz Steinegger wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin,

FDP SCHWEIZ

Inhalt

- Die Eröffnungsrede des FDP-Parteipräsidenten Franz Steinegger ab Seite **5**
- Eine erste Würdigung: Der Generalsekretär zum Rücktritt von JPD auf Seite **7**
- Ein Diskussionsbeitrag: Die CO₂-Abgabe habe Priorität ab Seite **10**
- Der Wettbewerb: Eine neue Frage auf Seite **17**



dass die Politik vom überkommenen Links-Rechts-Schema wegkommen müsse. Die Etiketten müssten Begriffe wie «Bewahrer» und «Blockierer» einerseits und «Reformer» und «Modernisierer» andererseits sein. Die FDP sei in dieser Begrifflichkeit klar als Reformpartei zu definieren (den ausführlichen Text seiner Rede finden Sie in diesem «Freisinn» auf den Seiten 5 und 6).

**GUIDO SCHOMMER,
PRESSECHIEF
FDP SCHWEIZ**

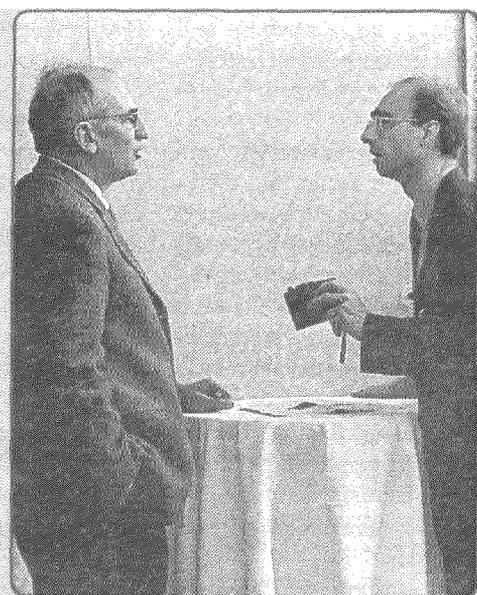
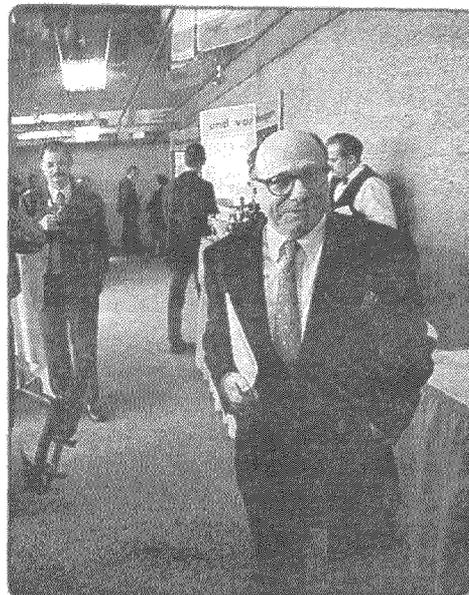
Der Wissensstand der Schweizer Bevölkerung über die Bio- und Gentechnologie hat im Vorfeld der Genverbots-Initiative stark zugenommen. Die Fachreferenten an der ausserordentlichen Delegiertenver-

Parole

An ihrer ausserordentlichen Delegiertenversammlung in Zürich hat die FDP Schweiz folgende Abstimmungsparole für den 7. Juni 1998 beschlossen:

VOLKSINITIATIVE «ZUM SCHUTZ VON LEBEN UND UMWELT VOR GENMANIPULATION (GEN-SCHUTZ-INITIATIVE)»

Nein



Am Rande der Delegiertenversammlung war die Nachfolge des abtretenden Bundesrates Jean-Pascal Delamuraz das Thema. Entsprechend gefragt waren die zwei bereits bekannten Kandidaten... (Photo ruti)

HERN DR.
FRANZ GEORG MAIER
DIR. SCHM. LANDESBIE.
HALLWYLSTRASSE 15
3003 BERN
50-6260000

BUNDESVERFASSUNG  Zustimmung zur Revision

Liberaler Erfolgsgeschichte

Die liberale Bundesverfassung von 1848 muss erneuert auch für das nächste Jahrtausend Geltung haben. Diese zentrale Aufgabe müssen die liberalen Kräfte in unserem Lande im Zusammenhang mit der Bundesverfassungsrevision im Jubiläumsjahr 1998 offensiv wahrnehmen.

FDP-STÄNDERAT
ROLF BÜTTIKER,
WOLFWIL SO



Es bestehen wohl kaum ernsthafte Zweifel darüber, dass die

Bundesverfassung von 1848 inhaltlich sehr eng mit dem Liberalismus verknüpft war. Die Schweiz setzte sich damals mit der Verfassung in die «Pole-position» der liberalen Bewegung. Die Bundesverfassung von 1848/74 war und ist eine überaus liberale Verfassung. Deshalb besteht allseits Verständnis dafür, wenn die liberalen Kräfte von heute mit Argusaugen auf die liberale Substanz der neuen Bundesverfassung von 1998 achten. Eigentlich können bei dieser Ausgangslage die liberalen Kräfte nur verlieren, und eine gewisse Angst und Besorgnis ist in diesen Kreisen nicht von der Hand zu weisen, die Verfassungsreform von 1998 könnte im direkten Vergleich zur Verfassung von 1848 ein spürbares Minus an Liberalität aufweisen. Die Messlatte kann in bezug auf heute moderne liberale Positionen nicht hoch genug angesetzt werden. Besonders wenn wir die gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen unseres Landes nüchtern analysieren:

- Sanierung der Staatsfinanzen
- Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen

■ Sicherung des Sozialstaates

■ Fähigkeit der Politik, rechtzeitig, angepasst und effektiv auf neue Problemsituationen zu reagieren

■ und innen- sowie vor allem aussenpolitische Handlungsfähigkeit der Regierung,

müssen wir mit Überzeugung und Nachdruck fordern, dass auch die Verfassung von 1998 liberal geprägt sein muss. Wobei ohne eine abschliessende Beurteilung der Volksrechte eine Benotung aus liberaler Sicht (noch) schwerfällt.

Bundesstaat und Bundesverfassung von 1848 auch durch die Wirtschaft bestimmt

Die Gründung des Bundesstaates ging nicht zuletzt auch auf wirtschaftliche Einsichten zurück und war eine eindruckliche Deregulierungsaktion, galt es doch, jahrhundertalten Zunftzwang abzuschaffen, 600 Münzsorten zu vereinheitlichen, die sozialpolitisch relevante Reallastenablösung zu bestehen, die Post zu vereinheitlichen und Zollmauern abzubauen. Und es war kein Geringerer als der Oltnener Josef Munzinger, der 1847/48 im Zuge der Bundesrevision die Zolleinheitskommission als Präsident massgeblich mitbestimmte und später die Einführung der Einheitswährung «Schweizerfranken» federführend realisierte. Und in diesem

Sinn und Geiste begründete einer meiner Vorgänger, Ständerat Karl Obrecht, 1966 im Ständerat seine Motion auf Totalrevision der Bundesverfassung. Und ich frage mich heute, warum sollte uns dies – 150 Jahre später – in derselben Aufbruchstimmung nicht auch endlich gelingen!?

Zwang zur Modernisierung des Föderalismus

Die «Kirchturmspolitik» hat wohl im Zeitalter der Globalisierung endgültig ausgedient. Angesichts der desolaten helvetischen Finanzlage und der europäischen Integrationsentwicklung drängt sich aber – ob wir dies wollen oder nicht – die Föderalismusdiskussion geradezu auf. Ob wir dabei mit einer blossen «Statusquo-Politik» über die Runden kommen, muss heute ernsthaft bezweifelt werden. Es ist eben eine Tatsache, dass von der EU föderale Impulse auch in die doch eher zentral organisierten Staaten hinein wirken. Kann sich die Schweiz als Nicht-EU-Mitglied, aber doch im Herzen von Europa gelegen, dieser neuen Föderalismusentwicklung in Europa entziehen?

Ein «Europa der Regionen» gibt es in Form zahlreicher regionaler und ungezählter kommunaler grenzüberschreitender Partnerschaften, die auch unser Land heute tangieren. Vor allem aber die Mittel des europäischen Strukturfonds, die in konkrete Projekte und nicht einfach in die Zentralkasse des Mitgliedstaates fliessen, mobilisieren lokale und regionale Stellen, führen zu Kontakten Brüssels in die Regionen hinein oder aus ih-

nen heraus. Dies stärkt die Regionen und Kommunen gegenüber ihrer Zentralregierung. Diese neuen Entwicklungen in Europa führen zum paradoxen Resultat, dass die Zentralisierung enumerativer Kompetenzen in den Organen der EU nicht nur Kompetenzen aus den regionalen Gliedern föderaler Mitgliedstaaten abzieht, sondern bis zu einem gewissen Grade auch dezentrale oder föderale Strukturen und zentrifugale Kräfte in den Mitgliedstaaten fördern beziehungsweise freisetzen kann. Es stellt sich somit für uns die zentrale Frage, kann sich die Schweiz als Kleinstaat im Zentrum Europas der modernen Föderalismusentwicklung innerhalb der EU entziehen? Vor allem die Kantone müssen sehr aufpassen, dass hier in Zukunft nicht eine Entwicklung abläuft, die uns später vor grosse Probleme stellen könnte. Ich meine, dass angesichts der realen Entwicklung innerhalb der EU die Föderalismusfrage in der Verfassung von 1998 eindeutig zu kurz gekommen ist.

Nachführung gleich Zementierung heutiger Zustände

Diese vereinfachte Formel kann auch mit noch so gutgemeinten Gegenargumentationen nicht ganz aus der Welt geschaffen werden. Was 1998 (neu) wieder in die Bundesverfassung geschrieben wird, unterliegt automatisch einer gewissen politischen Anstandskarenzfrist. Dies wirkt vor allem stossend dort, wo man heute schon genau ausmachen kann, dass Handlungsbedarf besteht. So ist zum

ZUM THEMA

Die Messlatte kann in bezug auf heute moderne liberale Positionen nicht hoch genug angesetzt werden.

Die «Kirchturmspolitik» hat wohl im Zeitalter der Globalisierung endgültig ausgedient.

Ich meine, dass angesichts der realen Entwicklung innerhalb der EU die Föderalismusfrage in der Verfassung von 1998 eindeutig zu kurz gekommen ist.

Beispiel für viele Bürgerinnen und Bürger dieses Landes nicht einsehbar, warum im Zusammenhang mit Bundesratswahlen partout nichts geändert wird, obwohl vor, während und nach jeder letzten Bundesratswahl politischer Handlungsbedarf unbestritten angesagt war. Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit wird uns auch vorgehalten, dass eine Selektion von Führungskräften à la Bundesratswahl mit einem Vergleich mit der Privatwirtschaft qualitativ nicht standhält. Aber getreu dem Motto: «Aus den Augen, aus dem Sinn» verschiebt man dieses prioritäre Problem auf die kommende Staatsleitungsreform.

Zusammenfassend kann aus liberaler Sicht der nachgeführten Verfassung zugestimmt werden, obwohl da und dort einige Sündenfälle und Erneuerungsdefizite auszumachen sind, die mit etwas mehr Mut und Zukunftsglaube durchaus (noch) behoben werden können. Allerdings ist ein abschliessendes Urteil insofern schwierig, weil die in einer direkten Demokratie zentralen Volksrechte noch nicht zur Beschlussfassung vorliegen.

IM GESPRÄCH *o* Andreas Hugi, Zürich

Den Geist der «Radicaux» nicht verlieren

WELCHES IST IHR LEBENS-MOTTO?

«Beginnen können ist Stärke, Vollenden können ist Kraft» (Laotse).

WENN SIE IN DIE ZUKUNFT BLICKEN, WORAUF GRÜNDET SICH IHRE GRÖSSTE HOFFUNG?

Trotz allen berechtigten Zweifeln an der Existenz des vernünftigen, aufgeklärten Menschen bleibe ich ein unverbesserlicher Optimist und glaube an die Eigenverantwortung des Individuums.

WAS BEREITET IHNEN DIE GRÖSSTE SORGE?

ZUR PERSON

Der Stadt Zürich verbunden und darum in Kürze im Zürcher Seefeld wohnhaft. Enthusiastischer Skifahrer, Fechter und sonst auf der Jagd nach neuen Büchern. Mitglied einer Zürcher Zunft. Bildungspolitisch aktiv. Kommandant einer Stabskompanie.

ALTER: 27 Jahre.

BERUFLICHE STATIONEN: Studium der Germanistik, Politologie und der neueren Geschichte an der Universität Zürich. Abschluss mit dem Lizenziat im Dezember 1997. Seit Mitte 1996 Fraktionssekretär der FDP-Kantonsratsfraktion (Teilzeitanstellung, seit Januar 1998 Vollzeitanstellung). Aufgabenbereiche: Betreuung der Kantons-

Obwohl ich noch zu jung bin, um das Lob auf die vergangene Zeit anzustimmen, betrachte ich mit Sorge die sinkende Bereitschaft, individuelle Bedürfnisse zugunsten der Gemeinschaft zurückzustellen.

WELCHE ERFINDUNG DER MENSCHHEIT HALTEN SIE FÜR DIE WICHTIGSTE, WELCHE FÜR DIE ENTBEHRLICHSTE?

Die wichtigste Erfindung der Menschheit ist die Entwicklung der Schriftlichkeit: ein Leben ohne Bücher, Briefe und Buchstaben – unvorstellbar. Eine absolut entbehrliche Erfindung stellt der Eierschäler dar.

WAS LIEBEN SIE AN DER SCHWEIZ?

ratsfraktion, politische Arbeit, Wahlkampf vorbereitungen 1999.

POLITISCHER WERDEGANG: Politisierung an der Universität Zürich im liberalen «Studenten-Ring»: auf- und anregende bildungspolitische Betätigung als bürgerliche Minderheitsfraktion im Studierendenrat, 1994–1997 Präsident Studenten-Ring, jetzt Betreuung des Ressorts «Universitätsgesetz» (Volksabstimmung am 15. März) und Kontakt zu bürgerlichen Parteien. Seit 1996 Mitglied der FDP.

LIEBSTE TÄTIGKEIT: Bei einem ausgedehnten Apéro mit guten Freunden den Arbeitstag weit hinter sich lassen und danach in das kulturelle Angebot der Stadt Zürich eintauchen.



Andreas Hugi: «Wichtig ist, dass wir an Europas Geschichte teilhaben und sie aktiv mitgestalten.»

Sie ist ein überschaubares, solide und fest gefügtes System, welches in eine wunderbare Landschaft eingebettet ist.

WAS MISSFÄLLT IHNEN IN UNSEREM LAND?

Es ist ein überschaubares, solide und fest gefügtes System, welches wenig Raum für Innovationen und mutige Schritte lässt.

WOHIN FÜHRT EUROPAS ZUKUNFT?

In ein «Europa der Regionen», ein «Europa der Vaterländer» oder zu den «vereinigten Staaten von Europa»? Wichtig ist jedoch, dass wir an dieser Geschichte teilhaben und sie aktiv mitgestalten.

«MEHRHEITEN ZEMENTIEREN DAS BESTEHENDE, FORTSCHRITT IST NUR ÜBER DIE MINDERHEITEN MÖGLICH.» TRIFFT DIESE AUSSAGE ZU?

Fortschrittliche Minderheitsmeinungen reichen

dem Realisten in mir nicht. Reformen müssen also mehrheitsfähig gemacht werden, damit sie in unserem politischen System auch verwirklicht werden können: kein einfacher Spagat.

GESETZT, ES GÄBE EINEN NOBELPREIS FÜR POLITIKER, WEM WÜRDEN SIE IHN VERLEIHEN?

Der Nobelpreis für politische Arbeit gebührt dem «europäischen» König Karl V.

WODURCH KANN EINE POLITIKERIN, EIN POLITIKER SIE ÜBERZEUGEN?

Wenn sie sagt, was sie denkt, und wenn er lebt, was er sagt.

WARUM SIND SIE BEI DER FDP?

Welche Alternative hat ein politisierter Mensch, der zukunftsgerichtet denken und handeln möchte?

WAS IST DIE STÄRKE DER FDP, WO SIND IHRE SCHWÄCHEN?

STICHWORTE

INTERNET: ... und doch noch Bücher lesen!

SOZIALSTAAT: zu wichtig für Schlagwortpolitik

NEAT: unser europäisches Dilemma

Dringend nötige Abkehr vom «Milizparlament»?

VERFASSUNGSREVISION: initiiert notwendige Aufbruchstimmung

«ARENA»: Brot und Spiele

Das liberale, staatstragende Gedankengut des Freisinns ist seine grösste Stärke und gleichzeitig seine Schwäche: Wenn das freisinnige Gedankengut zur blossen Besitzstandswahrung und Machterhaltung degeneriert, treten wir an Ort und verlieren den Geist der «Radicaux».

WENN SIE NOCH EINMAL WÄHLEN KÖNNTEN: WELCHEN BERUF WÜRDEN SIE HEUTE ERLERNEN?

Ich würde wieder die Ausbildung durchlaufen, die mich am meisten interessiert, und wieder auf die unerwartete Chance eines spontanen Berufeinstiegs warten.

WELCHEN FILM HABEN SIE KÜRZLICH ANGESCHAUT?

Das bildgewaltige Epos «Seven Years in Tibet» – wunderschöne Bilder im Stile der alten Technicolor-Schinken.

WELCHE SCHWEIZERISCHE PERSÖNLICHKEIT MÖCHTEN SIE GERNE KENNENLERNEN UND WARUM?

Gerne würde ich Botschafter Tim Guldemann wieder einmal treffen, um ihn besser kennenzulernen – seine Politologievorlesung an der Uni Zürich war ein Genuss.

Zwischen Proletariern und Potentaten

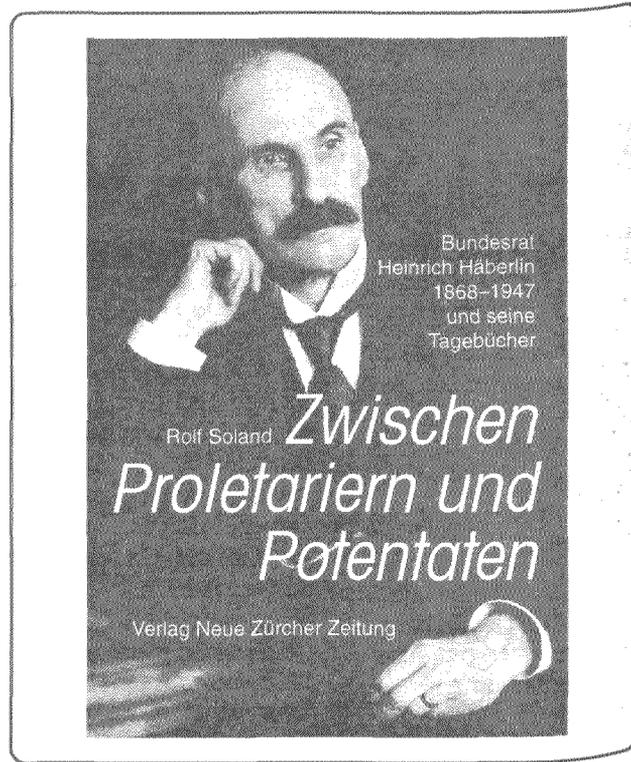
Heinrich Häberlin (1868–1947) war der dritte und bisher letzte Bundesrat aus dem Thurgau. Der hochgebildete Jurist und FDP-Politiker war in Bern 1920–1934 für das Justiz- und Polizeidepartement zuständig. Er galt in der bewegten Ära Musy-Schulthess als juristisches Gewissen und Vermittler. Zu den Hauptleistungen Häberlins gehörte die Vereinheitlichung des Strafrechts, die vier Jahre nach seinem Rücktritt aus dem Bundesrat vom Volk an-

genommen wurde. Daneben sind auch Häberlins Bemühungen um den Staatsschutz von Bedeutung.

Für die historische Forschung ist Häberlin aber nicht nur als handelnde Person, sondern auch als Zeitzeuge interessant – vor allem deshalb, weil er in den Jahren 1920–1947 ein 12 000 Seiten umfassendes Tagebuch führte. Rolf Soland, der sich seit Jahren mit Häberlins Leben und Werk befasst, hat dieses Tagebuch erstmals systematisch aus-

gewertet und damit die Grundlage zu einer fesselnden wissenschaftlichen Biographie geschaffen. Es gelingt dem Autor, die Gestalt Häberlins vor dem Hintergrund seiner Zeit erkennbar zu machen und damit zum besseren Verständnis einer ganzen Epoche beizutragen.

Rolf Soland: Zwischen Proletariern und Potentaten. Bundesrat Heinrich Häberlin (1868–1947) und seine Tagebücher. Verlag NZZ, Zürich 1997. 400 Seiten, Schwarzweiss-Abbildungen, Format 15x22 cm, Leinen mit Schutzumschlag, Fr. 48.–.



Reform der Wirtschaftsartikel

Günstige verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen spielen bei der Bewältigung des aktuellen wirtschaftlichen Strukturwandels eine wichtige Rolle. Da der jüngste Entwurf zur Totalrevision der Bundesverfassung den notwendigen wirtschaftlichen Reformbedarf weitgehend unberücksichtigt lässt, schlägt der Autor fünf Wirtschaftsverfassungsartikel vor. Bei der

Ausgestaltung dieser Wirtschaftsartikel standen Überlegungen zur Ordnungspolitik, zu den wirtschaftlichen Freiheitsrechten sowie zur institutionellen Absicherung und Erhaltung einer liberalen und offenen Marktwirtschaft im Vordergrund.

Nach einer einleitenden Auseinandersetzung zu den Fragen, warum eine Totalrevision der Bundesverfas-

sung im allgemeinen sowie eine Reform der Wirtschaftsartikel im besonderen nötig sind, werden die materiellen und formellen Anforderungen an Wirtschaftsverfassungsartikel aus juristischer wie auch aus ökonomischer Sicht erforscht. Anhand der traditionellen Verfassungslehre, der ökonomischen Verfassungstheorie von Eucken, Hayek und Buchanan sowie der Public-Choice-Literatur wird ein Fragenkatalog erarbeitet, der konkrete Angaben zur Ausgestaltung neuer Verfassungsartikel beinhaltet. Dieser «Checkliste» folgend, werden reformierte Vorschläge zur Eigentumsgarantie, zur Handels- und Gewerbefreiheit sowie zur Wirtschafts- und Finanzpolitik präsentiert. Schliesslich wird auch ein institutionelles Modell diskutiert, wie die politischen Behörden zu einer marktkonformen Gesetzgebung veranlasst werden könnten.

Sven Bradke: Ein Wirtschaftsverfassungsmodell für die Schweiz. Vorschläge neuer Wirtschaftsartikel für die schweizerische Bundesverfassung. Verlag Rüegger, 1997. 318 Seiten. ISBN 3 7253 0500 5, Fr. 49.–.

Vier Jahrzehnte in Politik und Wirtschaft: Paul Bürgi

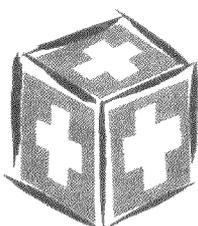
Alt Ständerat Paul Bürgi aus dem Kanton St. Gallen hat seine Autobiographie veröffentlicht. Zahlreiche Eindrücke aus Politik, Wirtschaft und Militär geben dem Leser die Möglichkeit, Bürgis vielfältige Persönlichkeit kennenzulernen. Manch einer wird bei der Lektüre von Erlebnissen aus Bürgis Karriere die schweizerische politische und wirtschaftliche Geschichte noch einmal

durchleben. Die Lektüre dieses Buches ist nicht nur für alle jene lohnend, die Paul Bürgi auf seinem Lebensweg begleitet haben, oder die ihm Kamerad oder Gegenspieler waren. Viele jener, die heute in den angesprochenen Tätigkeitsfeldern wirken, könnten profitieren von der niedergeschriebenen Lebenserfahrung eines grossen Mannes aus der Ostschweiz.

Ein Wirtschaftsverfassungsmodell für die Schweiz

Vorschläge neuer Wirtschaftsartikel für die schweizerische Bundesverfassung

Sven Bradke



Verlag Rüegger
318 Seiten (1997) ISBN 3 7253 0500 5
Fr. 49.–

Vier Jahrzehnte in Politik und Wirtschaft

Erinnerungen von
PAUL BÜRGI, alt Ständerat

DELEGIERTENVERSAMMLUNG 24. JANUAR 1998 IN ZÜRICH  Ansprache des Präsidenten

Parallelen zu 1848: Modernisierungsbedarf

Die Eröffnungsansprache von Nationalrat Franz Steinegger, Präsident FDP Schweiz, anlässlich der ausserordentlichen Delegiertenversammlung in Zürich wird vom «Freisinn» im folgenden veröffentlicht:

FDP-NATIONALRAT UND
PARTEIPRÄSIDENT
FRANZ STEINEGGER,
FLÜELEN UR

Gegenwärtig wird viel gefeiert. Wir feiern die helvetische Revolution von 1798. Wir feiern das Jubiläum der Verfassung vom 12. 9. 1848, welche den neuen Bundesstaat aus der Taufe gehoben hat. Die liberale Bewegung hat bei beiden Ereignissen die massgebende Rolle gespielt. Zwar berufen sich auch die Sozialisten gelegentlich auf die Ideen von 1789 und 1798. In einer selektiven Wahrnehmung wird aber nur Egalité verkündet. Offensichtlich kann man mit der Liberté nicht viel anfangen.

Liberalismus mit schweizerischem Antlitz

Der Liberalismus der Gründer des Bundesstaates war nicht eine akademische Veranstaltung. Es war ein Liberalismus mit schweizerischem Antlitz. Wenn es um die Identität eines Landes geht, stellt sich die Frage nach dem «Wer sind wir» und nach dem «Wie des Zusammenlebens». Ich möchte jetzt nicht auf den internationalen Rahmen eingehen und auch nicht auf die Vorstellung über die Vergangenheit. Vielmehr möchte ich mich der Frage zuwenden, wie wir uns als Freisinnige anlässlich dieses Jubiläen das Zusam-

menleben in der Zukunft vorstellen.

Überforderung unserer eigenen Mittel, der wirtschaftliche Stillstand seit 1990 und die Folgen der ökonomischen Globalisierung haben zu intensiven Auseinandersetzungen geführt, zu neuen Verteilungskonflikten. Vor allem diese Verteilungskonflikte haben eine sozialistische Restauration aktiv werden lassen. Zwar hat der Sozialismus mit dem Zusammenbruch des realen Sozialismus keine gute Saison. Offenkundig lässt sich mit Sozialismus kein Staat machen, keine echte Solidarität stiften, sondern nur Solidarität auf

Pump, es lässt sich keine Humanität wahren. In Umbruchphasen finden sich aber immer Leute, welche «Weiter so» rufen, welche von der Verteidigung des Status quo zu profitieren hoffen. Dabei ist diese Politik die Krankheit, für deren Medizin sie sich hält. Neben den Kämpfern für das «weiter so» gibt es natürlich noch rückwärtsgerichtete Romantiker, welche zwar nicht wissen, was sie eigentlich wollen, aber immer wissen, was sie verhindern wollen.

Kurs der Mitte fahren?

Man kann sich die Frage stellen, ob nun die FDP zwischen diesen konservativen und reaktionären Positionen einen Kurs der Mitte fahren soll. Sie sehen sofort, dass man in diesem neuen politischen Rahmen

nicht Partei der Mitte spielen kann. Mitte ist eine Stellung ohne bewusste Positionierung und ohne eigene Vorstellung über die Zukunft. Wenn man meint, die Wahrheit liege immer zwischen den Extremen, muss die eigene Position jedesmal verschoben werden, wenn an einem Flügel eine extreme Bewegung stattfindet. Der Weg der Mitte ohne eigenes Ziel führt einfach dazu, dass man dem Zeitgeist von gestern hinterherläuft. Wir müssen und wollen deshalb unsere eigenen Ziele und Positionen erarbeiten.

Natürlich ist der Gegensatz zwischen «Rechts» und «Links» nicht erledigt. Er spielt weiterhin eine gewisse Rolle. Aber in vielen Fällen stellen sich nicht mehr Fragen auf dieser etw. verstaubten Schiene.

Vielmehr muss die Etikette durch die Worte «falsch» und «richtig», durch die Worte «Beharrung» und «Stillstand» einerseits und «Modernisierung» andererseits ersetzt werden.

Mutige Reformen und Erneuerung

Unsere Aufgabe besteht nicht darin, nach dem Raster einer veralteten politischen Landkarte und entsprechenden Koordinaten Kriegsspiele zu veranstalten. Wir wollen keine Negierung der Probleme oder eine blosser Beschwörung, um das «Weiter so» zu verteidigen und um in der Umbruchphase als eine Art Kriegsgewinnler profitieren zu können.

Unzufriedenheit mit dem Bestehenden ist ein Antrieb für Veränderungen, jedermann kann das predigen. Aber man ist ein schlechter Ratgeber, wenn man gleichzeitig Angst vor dem Neuen oder Sehnsucht nach der Vergangenheit verkündet. Wir brauchen mutige Reformen und Erneuerung. Wir brauchen in einer sich rasend verändernden Welt Modernisierung. In diesem Sinne bestehen heute durchaus Parallelen mit der Situation von 1848.

Globalisierung ist wirtschaftliches Erdbeben

Wir sind von innen und aussen herausgefordert. Die Globalisierung ist ein wirtschaftliches Erdbeben, das man weder mit neuen Klassenkampfpapieren noch mit dem Blick zurück weg-schaffen kann. Als Land mit



FDP-Nationalrat und Parteipräsident Franz Steinegger (hier mit FDP-Regierungsrat Thomas Pfisterer, Aargau, l.): «Der Weg der Mitte ohne eigenes Ziel führt einfach dazu, dass man dem Zeitgeist von gestern hinterherläuft.» (Photo ruti)

FORTSETZUNG AUF SEITE 6

FDP-BUNDESRAT JEAN-PASCAL DELAMURAZ ◉ Zum Rücktritt

Ein Staatsmann des Volkes tritt leider ab

Der angekündigte, äusserst bedauerliche Rücktritt von Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz gibt Anlass, aus Parteisicht noch einmal seinen immensen Einsatz für sein Land zu rekapitulieren. Eine umfassende Würdigung seines Schaffens wird nach seinem Rücktritt auf Ende März 1998 folgen.

FDP-GENERALSEKRETÄR
JOHANNES MATYASSY



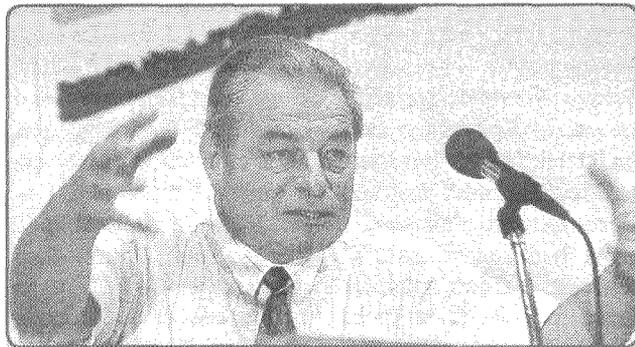
Mitte Januar hat uns Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz mitgeteilt, dass er sich auf den 31. März dieses Jahres hin aus dem Bundesrat zurückziehen werde. Seine gesundheitliche Lagebeurteilung lege ihm diesen Schritt nahe. Die FDP versteht diesen Schritt, obwohl er die Partei und ihn persönlich schmerzt. Unvergessen bleibt seine wichtige Rolle als Integrationsfigur: nicht nur für die Romandie, nein für die ganze Schweiz und auch intern für den Bundesrat. Stets wirkt er auf eine erfrischende Art ausgleichend und setzt seine Ziele so durch, dass eine grosse Mehrheit zustimmen kann. Unvergleichlich bleibt seine unbändige Lust am Politisieren, welche ihm – gepaart mit seinem immensen Einsatz von den frühen Morgenstunden an – den Übernamen eines «animal politique» einbrachte. Unvergessen bleibt auch sein Temperament, das die Energie dieses Mannes aus dem Waadtland nach aussen dringen lässt. Sein geradezu legendärer Humor hat wohl manche Sitzungsrunde erheitert. Bei alledem vergisst Jean-Pascal Delamuraz aber nie, dass die seriöse

Durchsetzung politischer Ziele im Vordergrund steht. So hat er in seiner über 14jährigen Amtszeit Enormes für sein Land geleistet und erreicht. Die Schweiz und der Bundesrat werden einen grossen Politiker verlieren.

Nach einer langen Karriere als Stadtpräsident von Lausanne und als Waadtländer Parlamentarier wird JPD, wie er freundschaftlich genannt wird, 1983 in den Bundesrat gewählt. Dort übernimmt er das Eidgenössische Militärdepartement (EMD) bis 1986. In seine Amtszeit im EMD fällt der Kauf von vierhundert Kampfpanzern «Leopard» und die Revision des Militärstrafrechts im Punkt Verweigerung aus Gewissensgründen.

Im Schlüssel-departement EVD

In einer Zeit der Hochkonjunktur tritt Delamuraz 1987 ins Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement (EVD) ein. Wachstum, Vollbeschäftigung, ja Arbeitskräftemangel sind die Stichworte. 1989 beginnt sich das Wachstum bei hoher Inflation zu verlangsamen. Bundesrat Delamuraz macht die Flexibilisierung der Arbeitszeit und des Arbeitsmarktes zum Thema. Die Golfkrise von 1990 leitet die längste Stagnationsphase der



FDP-Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz, wie wir ihn kennen und schätzen: energisch, temperamentvoll, den Blick nach vorne gerichtet. (Photo ruti)

Schweizer Wirtschaft ein. 1991 ist vor allem für Delamuraz als Landwirtschaftsminister ein wichtiges Jahr. Die Uruguay-Runde des Gatt steht im Raum und bringt Kritik an der bis anhin protektionistisch ausgerichteten Landwirtschaftspolitik der Schweiz hervor. Auch die Probleme im Bildungsbereich bleiben Delamuraz nicht verborgen. Er schickt das Vorprojekt für ein Gesetz über die Fachhochschulen in die Vorbereitungen.

Ein grosser Rückschritt in den Bemühungen des Volkswirtschaftsministers zur Öffnung der Schweizer Wirtschaft – um die als «Globalisierung» der Märkte bekannte Entwicklung vorwegzunehmen – ist die knappe Ablehnung des EWR-Vertrages durch das Schweizervolk am 6. Dezember 1992. Ein Nein zu einem guten Vertrag, den Delamuraz zuvor gemeinsam mit seinem Kollegen Felber ausgehandelt hat. Unglücklicherweise fällt dieses Nein in eine Zeit, in der die Schweizer Wirtschaft Impulse auf den Auslandsmärkten und die interne Strukturanpassung

dringend nötig hat. Delamuraz wäre aber nicht JPD, wenn er nach dieser grossen Enttäuschung aufgeben hätte. Nichts dergleichen: Ein Revitalisierungsprogramm für die Binnenwirtschaft wird mit dem revidierten Kartellgesetz, dem Binnenmarktgesetz und dem Gesetz über die technischen Handelshemmnisse rasch und erfolgreich durchgesetzt.

Ein zweiter Anlauf zur Normalisierung der Beziehungen

1994 werden die Verhandlungsmandate für die Aufnahme von bilateralen Verhandlungen mit der Europäischen Union (EU) vorbereitet und die Verhandlungen selbst im Dezember aufgenommen. Die Verträge der Uruguay-Runde des Gatt, die eine weitgehende Abschaffung der zwischenstaatlichen Zölle und anderer protektionistischen Massnahmen bringt, werden in Marrakesch unterzeichnet. Die Schweizerische Gesetzgebung wird dementsprechend angepasst. Obwohl die Konsequenzen zum Beispiel im Submissionswesen nicht zu

unterschätzen sind, bringt Delamuraz das Kunststück fertig, diese Anpassungen ohne Referendum durchzubringen. 1995 schnürt das Volkswirtschaftsdepartement das Paket «Agrarpolitik 2002», das inzwischen – 1998 – auf dem Weg der Bereinigung in den eidgenössischen Räten ist. Vor allem mit Arbeitsfragen hat sich JPD 1996 auseinandersetzen. Die zweite Revision des Arbeitslosengesetzes wird durchgesetzt, bei der Revision des Arbeitsgesetzes versagt der Gesamtbundesrat in der Abstimmung seine Unterstützung. Das Verdikt des Volkes ist klar: das Arbeitsgesetz muss auf einem anderen Weg revidiert werden. Im letzten Jahr schliesslich reorganisiert JPD «sein» Departement und sorgt dafür, dass eine sinnvolle und mehrheitsfähige Version des Arbeitsgesetzes durchs Parlament kommt.

Der Einsatz

Leider wird es JPD kaum mehr vergönnt sein, den definitiven Abschluss der bilateralen Verhandlungen im Amt feiern zu können. Die FDP wird seine Verdienste um die Öffnung der schweizerischen Volkswirtschaft, die Aussenbeziehungen, die Bildung, den Technologiestandort, die Reformen in der Landwirtschaft und und und aber nicht vergessen. Die «Spätfolgen» im positiven Sinne der Ära Delamuraz werden dieses Land noch lange Zeit begleiten. Es ist der FDP ein grosses Anliegen, dem langjährigen und unermüdlichen Bundesrat für seinen Einsatz für Land und Volk ganz herzlich zu danken. Selten hat ein Bundesrat so viel Profil erreicht, wie er das hat. Selten hat ein Bundesrat so verständlich und nachvollziehbar politisiert, wie er das tut. Für die FDP heisst das: Ein grosser Staatsmann des Volkes tritt – leider – ab. ■

KOLUMNE

Weitsicht mit Nahsicht



Nach einem altehrwürdigen Brauch wird der Überbringer einer schlechten Nachricht umgebracht. Diese Tradition erfährt bis in unsere Tage ihre Pflege. Jedenfalls geht dies aus dem Jahresbericht des Internationalen Presseinstituts hervor. Journalistinnen und Journalisten bezahlen ihren beruflichen Einsatz mit dem Leben. Und wenn nicht damit, dann mit dem Verlust der Unabhängigkeit, der Stellenkündigung oder der Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe. China legt auf eine freie Berichterstattung gar keinen Wert. Malaysia nimmt die Medien wieder an die straffe Leine. Weissruss-

land gefällt sich in den diktatorischen Allüren der kommunistischen Ära. Botswana, Nigeria, Sambia und Swasiland müssen sich wegen ihrer repressiven Medienpolitik besonders heftige Vorwürfe gefallen lassen. In Kolumbien sind im letzten Jahr sieben Journalisten ermordet worden, was weltweit den ersten Rang bedeutet. Kurz und schlecht: Auf dem Atlas der Pressefreiheit gibt es mehr dunkle Regionen als helle, mehr, in denen Radio, Zeitungen und Fernsehen schikaniert werden – über die psychische Gewalt bis hin zur physischen, von der Zensur über tägliche Behinderungen bis zum Verbot der Berufsausübung und zur Exekution auf offener Strasse.

Wir haben allen Anlass, darüber entsetzt zu sein. Die massive Verletzung von Menschenrechten ruft nach unserem Protest. Aus Ländern, in denen die journalistische Tätigkeit staatlich kontrolliert und behördlich drangsaliert wird, erhalten wir unzuverlässige Informationen. Unser Weltbild weist blinde Flecken auf. Auch dazu müssen wir uns Fragen stellen: energische, erboste, erbitterte. Aber diese Fragen dürfen wir nicht nur ans Ausland richten; die Erkundung im eigenen Land drängt sich gleicherweise auf – und zwar in doppelter Weise. Zum ersten ist es notwendig, uns der Segnung freier Medien stets bewusst zu sein, auch dann, wenn wir

uns über einzelne Berichte ärgern. Unabhängige Medien schaffen für das Funktionieren der Demokratie eine unerlässliche Voraussetzung, nämlich jene der Meinungsbildung. Wären wir Empfänger ausschliesslich amtlicher Verlautbarungen, könnten wir uns die Mühe des Urnengangs ersparen. Wir würden nicht anders denken als die Parlamente, Regierungen und Verwaltungen, weshalb es sinnlos und nutzlos wäre, als Gleichgeschaltete überhaupt noch Stimm- und Wahlzettel auszufüllen. Zum zweiten freilich braucht es die Überlegung, ob wir tatsächlich jene freien und vielfältigen Medien besitzen, wie sie eine Demokratie benötigt. Nein.

Zwischen der Verfassung und der Wirklichkeit klafft eine Lücke. Sie wird immer grösser. Zeitungen fusionieren; die verlegerische Macht gerät in weniger Hände. Behörden und Wirtschaft erkennen in den Medien ihre natürlichen Feinde und geizen deshalb mit der offenen Information. Sie wird durch Public Relations ersetzt. Und nicht zuletzt: Ausbildung und Weiterbildung der Medienschaffenden lassen erheblich zu wünschen übrig. Wir dürfen mit dem Finger durchaus auf Weissrussland zeigen, auf Botswana und Weissrussland. Tun wir es. Aber der Blick in die Ferne sollte den Blick vor die eigene Haustür nicht trüben. Weitblick mit Nahsicht ist gefragt.

Alex Bänninger,
Publizist,
Präsident des Freisinnig-Demokratischen
Presseverbandes der
Schweiz, Zürich

Informationspaket FDP

Wir wünschen Zustellung von

- Informationspaket FDP Fr. 150.– (Jahresabonnement)
- Freie Schweizer Presseinformation (Jahresabonnement)
- Politische Rundschau Fr. 20.– (Jahresabonnement)
- Der Freisinn Fr. 20.– (Jahresabonnement)

Name/Vorname: _____

3/98

Adresse: _____

Bitte einsenden an: FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, oder per Fax (031) 320 35 00.

DPS FDPS F

FDPS FDP

FDP auf Internet

FDPS FDP

Besuchen Sie uns
auf dem
World-Wide-Web!

FDPS FDP

Unsere Adresse:
E-Mail: gs@fdp-prd.ch
<http://www.fdp.ch>

FDPS FDP

FDPS FDP

IMPRESSUM

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Neuen-gasse 20, 3001 Bern. Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00, E-mail: gs@fdp-prd.ch

VERANTWORTLICH
FÜR DIE REDAKTION:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Guido Schommer (GUS). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

INSERATEN-VERWALTUNG:

Kretz AG, Verlag und Annoncen, General-Wille-Strasse 147, Postfach 105, 8706 Feldmeilen, Telefon (01) 923 76 56, Fax (01) 923 76 57.

DRUCK:

NZZ-Druckzentrum, Schlieren

GENVERBOTS-INITIATIVE ◊ Gravierende Folgen

Bumerang

442 Forschungsprojekte mit transgenen Tieren und 93 Forschungsprojekte mit geplanten Freisetzungen, d. h. etwa 1160 Wissenschaftler wären bei einer Annahme der Genschutzinitiative betroffen. Die Folgen für Lehre und Forschung und entsprechend für den Ausbildungs- und Denkplatz Schweiz wären gravierend. Diese Auswirkungen können aber nicht isoliert betrachtet werden, denn mit der Abwanderung von wertvollem Know-how würde die Schweiz auch den Anschluss an eine Schlüsseltechnologie der Zukunft verlieren.

FDP-STÄNDERÄTIN
HELEN LEUMANN-
WÜRSCH, MEGGEN (LU)

Dies tangiert auch unsere Wirtschaft und wäre um so bedauerlicher, als wir in diesem für die Zukunft wichtigen Bereich international einmalige Kernkompetenzen in unserer Volkswirtschaft vereinen. Welche Firma hätte dann noch ein Interesse, in einen Wirtschaftsstandort Schweiz zu investieren, der sich bewusst von seinen Kernkompetenzen trennt und sich neuen Technologien verschliesst?

Verhinderung neuer Arbeitsplätze

Die Auswirkungen der Initiative wären verheerend. Über 40 000 Arbeitsplätze in Forschung, Industrie und Gewerbe wären in den nächsten Jahren betroffen, davon in der chemisch-pharmazeutischen Industrie rund 20 000, aber ebenso viele in kleinen und mittleren Unternehmen. Die Initiative würde nicht nur bestehende Arbeitsplätze direkt vernichten, sondern, was noch schlimmer ist, mögliche Arbeitsplätze der Zukunft verhindern.

Die Stärke der Schweiz liegt u. a. in der hohen Qualität der naturwissenschaft-

lichen Forschung. In den Bereichen Immunologie, Molekularbiologie und Biochemie gehören wir zur Weltspitze. Laut einer Statistik der Zeitschrift «Science» rangieren wir in diesen Sparten auf den vordersten Plätzen. Die Zukunft der Bio- und Gentechnologie in der Schweiz liegt vor allem im Bereich Pharma und Medizin. Hier gehören wir zu den führenden Nationen. Diese Spitzenstellung durch eine Initiative zu gefährden, welche die Forschung und die Wirtschaft international isolieren würde, wäre verantwortungslos.

Standortgebundene KMU stark betroffen

Bei einer Annahme der Initiative ist mit einer Verlagerung von Forschung und Entwicklung ins Ausland zu rechnen – ob dann die Produktion in der Schweiz bleibt, ist fraglich. Alle Industrieerfahrung lehrt uns, dass die Produktion im Normalfall mit der Forschung und Entwicklung wandert. Werden Teile von Industrien ins Ausland verlegt, was bei Annahme der Initiative geschehen wird, wirkt sich das automatisch auch auf Arbeitsplätze im Gewerbe und im Zulieferbereich aus. Untersuchungen im Raum Ba-



Helen Leumann-Würsch

sel haben ergeben, dass jeder Industriearbeitsplatz zwischen 2 und 3 nachgelagerte Arbeitsplätze in KMU, in Zulieferbetrieben und im Gewerbe hat. Während die Grossunternehmen der chemischen Industrie bereits heute über hervorragende Forschungszentren im Ausland verfügen und eine Verlagerung der noch in der Schweiz bestehenden Forschung keine Probleme bieten würde, wären die an den Standort Schweiz gebundenen KMU viel stärker betroffen – dies betrifft besonders die KMU in der überdurchschnittlich wachsenden Biotech-Branche. In der Schweiz existieren heute zwischen 180 und 200 solcher Biotech-Unternehmen. Darunter sind zahlreiche Neugründungen, Kleinfirmen und Spin-offs aus der universitären Forschung.

Das Beispiel einer Firma, die mit der Zellimplantationstechnologie unter anderem Insulin direkt im Körper von Diabetikern herstellen will, zeigt, wie stark solche Firmen auf Risikokapital angewiesen sind. Grundvoraussetzung für Risikokapital aber sind Patente. Ohne Patente lassen sich die kommerziellen Rechte an einer Erfindung nicht absichern. Dieser

Schutz des geistigen Eigentums ist besonders für KMU wichtig. Patente sind Innovationsförderer und bilden eine wesentliche Voraussetzung für das Tätigen und die Sicherung von Investitionen in Forschung und Entwicklung.

Gesetzliche Schranken statt Verbot

Weltweit wird der Gentechnologie eine Schlüsselrolle zuerkannt. So bei der Entwicklung neuer Medikamente, Diagnostika, Impfstoffen. In der Nutztierzucht, der Lebensmittelverarbeitung und im Pflanzenbau. Forschung ohne Gentechnologie ist heute nicht mehr denkbar.

Lehnt die Schweiz die Gentechnologie mit Verboten ab, so hat das nicht nur unmittelbare Folgen für Industrie, Gewerbe und Forschung, sondern wir signalisieren auch Rückschritte und ein «Sichverschliessen» gegenüber dem Fortschritt. Ein Land aber, das Neuem gegenüber mit Angst und Ablehnung reagiert, kann nie ein attraktiver Standort für ein Unter-

ZUM THEMA

.....
Diese Spitzenstellung durch eine Initiative zu gefährden, welche die Forschung und die Wirtschaft international isolieren würde, wäre verantwortungslos.
.....

.....
Ein Land aber, das Neuem gegenüber mit Angst und Ablehnung reagiert, kann nie ein attraktiver Standort für ein Unternehmen sein.
.....

nehmen sein. Deshalb befürchte ich, dass sich eine Annahme der Genschutzinitiative auch zu einem Bumerang für andere Industrien erweisen wird. Und deshalb ist es wichtig, dass wir die Gentechnologie nicht verbieten, sondern ihr gesetzliche Schranken setzen. ■

Wege zur Philosophie

Dreitägiges Forum für Personen in Führungsposition und hoher Verantwortung

Es sind keine Vorkenntnisse erforderlich, unter kompetenter Leitung wird das eigene Denken entdeckt.

Ort: Bildungszentrum Wielikofen AG

Datum: 21.–23. September 1998

Es werden keine gruppenspezifischen oder esoterischen Übungen gemacht!

Unterlagen erhältlich bei:
Forum Philosophie, Maiacherstrasse 18, 8127 Forch
Tel. (01) 980 14 22

CO₂-ABGABE ◉ Beitrag zur Steuersenkung

Jetzt die Verfassungsgrundlage schaffen!

Der Bundesrat hat im März 1997 seine Botschaft zum Bundesgesetz über die Reduktion der CO₂-Emissionen an das Parlament überwiesen. Das (neue) Klimaschutz-Konzept des Bundesrates verdient besondere Aufmerksamkeit: es geht von einer mehr «ganzheitlichen Betrachtungsweise» aus und begreift den Klimaschutz als einen wichtigen Teil der Umweltpolitik, der mit einem ganzen Massnahmenbündel erreicht werden soll.

FDP-NATIONALRÄTIN DORLE VALLENDER, TROGEN (AR)

Zur Erreichung des CO₂-Reduktionszieles von total 10 Prozent für das Jahr 2010 gegenüber 1990 sollen beitragen:

■ verschiedene Teilpolitiken des Verkehrs (die ge-

plante Treibstoffsteuererhöhung zur Finanzierung des öffentlichen Verkehrs, die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe, die Alpentransitabgabe, das Energiegesetz und das Aktionsprogramm «Energie 2000»);

■ freiwillige Massnahmen der Betroffenen, grosse Unternehmungen, Verbrauchergruppen, Branchen u. a. zum Beispiel sollen sich mittels Erklärung zu einer freiwilligen Reduktion von CO₂ verpflichten können, um der subsidiären CO₂-Abgabe zu entgehen;

■ die CO₂-Abgabe. Erst bei Nichterreichung der Reduktionsziele auf andere Art kann subsidiär die CO₂-Abgabe vom Bundesrat frühestens auf das Jahr 2004 eingeführt werden.

Den ökologischen Alleingang riskieren?

Diese Subsidiarität der CO₂-Abgabe ist zu hinterfragen. Es wäre nämlich aus volkswirtschaftlicher Sicht

effizienter, bei einer Verabschiedung des Gesetzes im Parlament beispielsweise im Jahr 1998 verbindlich auf das Jahr 2004 eine definitive CO₂-Abgabe einzuführen und eine stufenweise Anpassung von deren Höhe für die folgenden Jahre vorzusehen. Die Vorteile einer solchen Lösung wären namentlich:

■ Ein festes Datum verhindert eine (unergiebig) Diskussion darüber, ob und gegebenenfalls wann und in welcher Höhe eine solche Abgabe tatsächlich eingeführt wird.

■ Die betroffenen Branchen, Unternehmungen wüssten, woran sie sind: Diejenigen Unternehmungen, deren Grenzvermeidungskosten kleiner sind als die CO₂-Abgabe, werden die notwendigen Investitionen tätigen, um die Abgabe zu vermeiden; diejenigen, deren Grenzvermeidungskosten höher sind, könnten diese z. B. über Massnahmen wie Joint im-



FDP-Nationalrätin Dorle Valleder: «Die Schweiz steht vor dem Entscheid zwischen dem First-Mover-Advantage und dem Last-Mover-Disadvantage.»

plementation ebenfalls zu vermeiden suchen.

■ Der aus volkswirtschaftlicher Sicht grösste Vorteil läge indessen in der Signalwirkung einer auf das Jahr X beschlossenen CO₂-Abgabe: Bereits die Ankündigung würde einen beachtlichen Teil der Unternehmungen dazu veranlassen, die entsprechenden Investitionen zur Vermeidung der Abgabe in 4, 5, 6 oder mehr

Jahren an die Hand zu nehmen.

Zur Frage des «Alleingangs» ist zunächst zu bemerken, dass bereits andere europäische Staaten wie die skandinavischen Länder und die Niederlande unterschiedlich ausgestaltete CO₂-Abgaben eingeführt haben. Die Analyse der ökonomischen Wirkungen einer CO₂-Abgabe zeigt zudem, dass umweltethische und ökonomische Ziele durchaus auch harmonieren können:

■ Eine CO₂-Abgabe ist eine Teilenergiesteuer, die die relativen Preise der fossilen Brennstoffe im Verhältnis zu den erneuerbaren Energieträgern erhöhen würde. Die Nutzung von regenerierbaren Energien wie Sonnenenergie, Einsatz von Wärmepumpen u. a. würde damit wettbewerbsfähiger.

■ Diejenigen Länder, die als erste wirksame Anreize zur Entwicklung von Technologien einführen, welche tendenziell zu einem effizien-

Freie Strom-Wahl

STROM-FORUM 1/98

Die Schweizerische Elektrizitätswirtschaft will den Strommarkt im Zeitraum von 10 Jahren vollständig öffnen. Die verschiedenartigen Elektrizitätsunternehmen (Städtewerke, Gemeindewerke, Regional- und Überlandwerke) haben sich im Interesse der Stromkunden über das Vorgehen – insbesondere die Marktöffnungsschritte – geeinigt. Beginnen soll die Marktöffnung vorerst für Grosskunden mit einem Verbrauch von über 20 Mio. Kilowattstunden pro Jahr. Bereits nach 3 Jahren sollen alle Elektrizitätswerke schrittweise Marktzugang erhalten. Ziel ist, dass auch die kleinen und mittleren Betriebe sowie die Haushalte profitieren können.

Marktöffnung für alle Kunden als Ziel

Im Zeitraum von 10 Jahren sollen alle Kunden ihren Strom auf dem Markt kaufen können. Die Stromverteilung besorgt wie bisher das lokale Elektrizitätswerk (EW). Alle EW sollen nach dem 3. Jahr eigenständig am Markt auftreten können. Stufenweise wird ihr freier Marktanteil von 10% auf 50% erhöht, nach dem 10. Jahr auf 100%.

Stromnetz

Für den Transport von Strom für berechnete Kunden soll eine unabhängige, schweizerische Koordinationsstelle für den Zugang zum Stromnetz geschaffen werden. Das Höchstspannungsnetz betreiben wie heute die sechs Überlandwerke und das EW der Stadt Zürich. Für die Verteilung bleiben die lokalen EW Eigentümer ihres Stromnetzes und damit ver-

VERBAND SCHWEIZERISCHER ELEKTRIZITÄTWERKE, Postfach 6140, 8023 Zürich

Internet: <http://www.strom.ch>

enterten Einsatz fossiler Energieträger beitragen, haben einen technologischen Vorsprung gegenüber denen, die dies nicht tun. Ein «nationaler Alleingang» begünstigt sogar eine derartige Entwicklung. In diesem Sinne steht die Schweiz vor dem Entscheid zwischen dem First-Mover-Advantage oder dem Last-Mover-Disadvantage.

■ Merkwürdig ist dabei, dass die «Früchte» einer durch staatliche Massnahmen induzierten technischen Innovation in der belasteten Industrie selber oder in deren Zulieferindustrien anfallen. Als Beispiele für die Schweiz seien ebenso die auf Grund der strengen Luftreinhalteverordnung erzielten Wettbewerbsvorteile bei Heizölfeuerungsanlagen erwähnt wie die dank restriktiven Abwasservorschriften erzielten Wettbewerbsvorteile im Bereich abwasserfreundlicher Textilfarbstoffe und effizienter Abwasserreinigungsanlagen. Die genannten positiven schweizerischen Erfahrungen lassen die Annahme vernünftig erscheinen, dass eine CO₂-Energiepolitik als Teil der schweizerischen Umweltpolitik bei richtiger marktkonformer Ausgestaltung die Erreichung oder Erhaltung eines Technologievorsprungs

beachtlich fördert.

Mit den Folgen von Umweltsteuern auf die nationale Wirtschaft befasst sich denn auch eine OECD-Studie von 1997. Untersucht wurde u.a. auch, ob Ökosteuern zur Abwanderung von Unternehmungen führen. Empirische Erhebungen ergaben, dass keine industrielle Abwanderung aus den beobachteten Ländern in «pollution havens» zu vermerken war. Der Wettbewerb der Standorte hängt von verschiedensten Faktoren ab wie namentlich Grösse und Wachstumspotential der Märkte, politische Stabilität, Ausbildungsniveau der Arbeitskräfte, der Infrastruktur, nicht zuletzt aber auch von einem konkurrenzfähigen Steuersystem. Die CO₂-Abgabe darf daher gesamthaft nicht zu einer Verschlechterung unseres «Vielsteuersystems» führen, sondern soll im Wege der Senkung anderer Steuern und Zwangsabgaben beachtlich zu seiner Verbesserung beitragen.

Einnahmen zur Senkung von Steuern oder Lohnnebenkosten verwenden

Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmungen basiert vor allem auch auf der Qualität ihrer Leistungen

und den Preisen. Diese werden durch eine CO₂-Abgabe beeinflusst – und zwar auf zweifache Art und Weise. Zum einen müssen die Unternehmungen die Kosten der Investitionen zur Senkung des Einsatzes der Abgabe-belasteten Ressourcen tragen (Vermeidungskosten). In dem Umfang, in dem weiterhin fossile Energieträger gebraucht werden, ist für diese dauernd eine (Rest-)Abgabe zu entrichten. Dieser Zusammenhang erklärt auch, warum Unternehmungen gegen Energiesteuern, aus kurzfristiger Perspektive verständlich, allgemein opponieren.

Nach dem Vorschlag des Bundesrates sollen die Einnahmen aus der CO₂-Abgabe an die Privaten pro Kopf und an die Unternehmungen entsprechend ihrer Lohnsumme wieder zurückerstattet werden. Es scheint indessen ökonomisch sinnvoller, die Einnahmen zur Senkung anderer Steuern oder Zwangsabgaben, z. B. der Lohnnebenkosten, zu verwenden.

■ Lohnnebenkosten stellen Zwangsabgaben dar, die von den Arbeitnehmern und den Arbeitnehmerinnen sowie den Arbeitgebern gemeinsam aufgebracht werden. Diese Lohnnebenkosten, die in der Schweiz ver-

glichen mit bestimmten Konkurrenzländern sehr hoch sind, verteuern international gesehen unseren Produktionsfaktor Arbeit und mindern die preisliche Wettbewerbsfähigkeit unserer Produkte national wie international.

■ Der dagegen vorgebrachte Einwand, dass damit der Produktionsfaktor Arbeit gegenüber dem Produktionsfaktor Kapital bevorzugt behandelt und in die optimale Allokation der Ressourcen eingegriffen würde, darf vernachlässigt werden. Dies, weil auch nach der Senkung der Lohnnebenkosten der Produktionsfaktor Arbeit – verglichen mit den Billiglohnländern oder den USA – noch vergleichsweise teuer wäre.

Es ist festzuhalten, dass das klimapolitische Konzept des Bundesrates im Sinne einer «ganzheitlichen Betrachtungsweise» überzeugt. Allerdings ist aus umweltethischen und ökonomischen Überlegungen die CO₂-Abgabe im Sinne einer Prima ratio sofort mit einer Verfassungsänderung einzuführen. ■

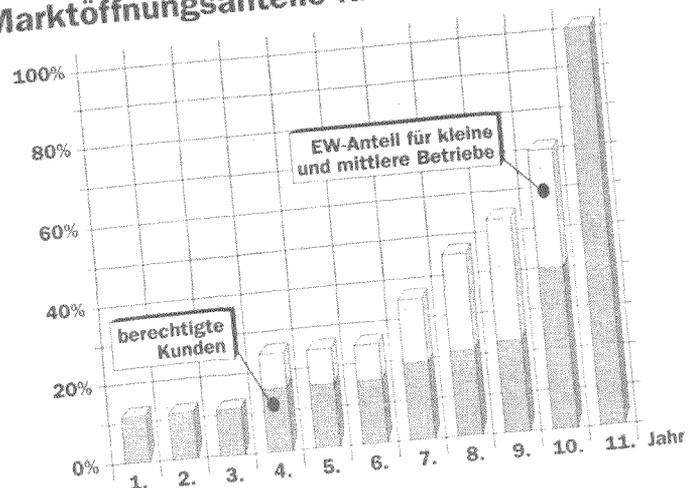
ZUM THEMA

Zur Frage des «Alleingangs» ist zunächst zu bemerken, dass bereits andere europäische Staaten wie die skandinavischen Länder und die Niederlande unterschiedlich ausgestaltete CO₂-Abgaben eingeführt haben.

Die genannten positiven schweizerischen Erfahrungen lassen die Annahme vernünftig erscheinen, dass eine CO₂-Energiepolitik als Teil der schweizerischen Umweltpolitik bei richtiger marktkonformer Ausgestaltung die Erreichung oder Erhaltung eines Technologievorsprungs beachtlich fördert.

Es scheint indessen ökonomisch sinnvoller, die Einnahmen zur Senkung anderer Steuern oder Zwangsabgaben, z. B. der Lohnnebenkosten, zu verwenden.

Marktöffnungsanteile für Kunden und EW



antwortlich für die Grundversorgung. Preise und technische Bedingungen für die Durchleitung werden bekanntgegeben.

Verantwortungsvolle Lösung

Mit diesen Branchenvorschlägen kann die Marktöffnung in der Schweiz für grosse und kleine Kunden und für die Elektrizitätsunternehmen in vorhersehbaren Schritten verwirklicht werden.



Auch im Vorwahljahr

Farbe bekennen!



TALON

Ich bestelle: FDP-Accessoires

Anzahl	Art.-Nr.	Artikel		à Fr.
—	1001	FDP-Foulard	1	50.–
—	1002	Doppelschirm	2	30.–
—	1003	Holzschirm		35.–
—	1004	Sportschirm		30.–
—	1005	Windblouson, ___ S, ___ M	3	5.–
—	1008	Krawatte new look	4	40.–
—	1009	Krawatte classic		40.–
—	1010	Portefeuille mit Agenda	5	44.–
—	1015	Anstecknadel FDP	6	1.–
—	1016	Konferenzmappe, Leder	7	40.–

Streuwerbemittel

Anzahl	Art.-Nr.	Artikel		à Fr.
—	2003	FDP-Lunches, 5 kg	8	130.–
—	2003	FDP-Lunches, 1 kg-Packung		28.–
—	2001	FDP-Jubiläums-Pin	9	5.–
—	2001	PRD-Pin		5.–
—	2001	PLR-Pin		5.–
—	2002	Feuerzeuge (12er-Packung)	10	20.–
—	2004	Zündholzschachteln (10er-Packung)	11	2.–
—	2005	Bonbons, zuckerfrei (500 St.)	12	32.–
—	2006	Ballone (100er-Packung)	13	32.–
—	2007	Sonnenhut (12 St.)		10.–
—	2008	Schreibblock A4 (30er-Packung)	14	15.–
—	2009	Schreibblock A5 (30er-Packung)		10.–
—	2010	FDP-Mütze	15	12.–
—	2011	Taxcard FDP	16	4.–
—	2012	Wasserball (12er-Packung)	17	10.–
—	2013	FDP-Tischsets (100er-Packung)	18	15.–
—	2014	FDP-Kugelschreiber	19	–.70
—	2015	FDP-Schlüsselanhänger	20	1.20
—	4000	FDP-Kleber rund, 10 cm (200er-Packung)	21	38.–
—	4002	Kleber «Freiheit gewinnt» (500er-Packung)		50.–
—	4004	Minikleber FDP, Rolle à 500 St.		2.–

FDP-Dekormaterial

Anzahl	Art.-Nr.	Artikel		à Fr.
—	4005	Endloskleber FDP/PRD à 20 m	22	25.–
—	4005	Endloskleber FDP à 20 m		25.–
—	7002	Pressemappe FDP	23	1.50
—	7003	Dekorbänder, 3 Rollen à 45 m	24	18.–
—	7006	Tischkarten	25	1.50
—	7007	Tischwimpel FDP/PRD		60.–
—	7008	Referentenpultkleber (5er-Packung)	26	30.–
—	7009	Namensschilder FDP/PRD		1.50
—	8000	FDP-Fahne 2.50 x 2.50 m	29	400.–

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Wohnort: _____

Datum/Unterschrift: _____

Bestellschein einsenden an Generalsekretariat FDP, Werbematerial, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 320 35 00.

SONDERSESSION JANUAR 1998 *Ein Rückblick*

Reformen an allen Fronten

Gewichtigstes Traktandum der Sondersession war die erste Runde der Beratungen der Revision der Bundesverfassung in beiden Räten.

MARIO TAVAZZI,
MITARBEITER
GENERALSEKRETARIAT
FDP SCHWEIZ

Angestrebt wird somit weder eine Totalrevision im klassischen Sinn, die – wie dies beim Verfassungsentwurf der Expertenkommission Furgler im Jahre 1977 noch der Fall war – alle Bereiche des Verfassungsrechts betrifft, noch eine formale auf die Neuformulierung des geltenden Verfassungsrechts beschränkte Revision. Die Verfassungsreform verbindet die sogenannte Nachführung, die «mise à jour» des geltenden Verfassungsrechts, mit institutionellen Neuerungen in zwei Schwerpunktbereichen. Sie verzichtet auf umfassende materielle Neuerungen, ist aber als offener Prozess konzipiert, der den Einbezug weiterer Reformbereiche ermöglicht.

Reform der Bundesverfassung

Die Vorlage A erfüllt den Auftrag der Bundesversammlung aus dem Jahre 1987. Nach diesem Auftrag musste der Bundesrat einen Entwurf zu einer neuen Bundesverfassung unterbreiten, der das geltende geschriebene und ungeschriebene Verfassungsrecht nachführt, es verständlich darstellt, systematisch ordnet sowie Rechte und Sprache vereinheitlicht.

In der Eintretensdebatte zur Nachführung der Bun-

desverfassung im Ständerat wurden der Stellenwert und die Bedeutung der Vorlage differenziert positiv beurteilt. Alle FDP-Votanten setzten sich – trotz der teilweise zu Beginn der Kommissionsberatungen vorhandenen Skepsis – für ein dezidiertes Anpacken und eine Vollendung der Reformen im Jubiläumsjahr 1998 ein. Mit dem Kommissionspräsidenten, SR Rhinow (FDP Basel-Landschaft), war man der Meinung, die Erneuerung der Verfassung schaffe die Voraussetzungen, damit das Land sich mit den Grundlagen, dem rechtlichen Fundament, den obersten Werten und Prinzipien unseres Staates auseinandersetzen könne. Die nachgeführte Verfassung stelle das erneuerte und ausgebesserte Fundament dar, auf dem eigentliche Reformen in sachlich verschiedenen, ausgewählten Verfassungsbereichen verwirklicht werden sollen. Eintreten blieb im Rat unbestritten. In der Detailberatung des Textes der Vorlage A gingen dann die Meinungen in einigen zentralen Punkten wesentlich auseinander. Praktisch überall setzten sich aber die von der Kommissionsmehrheit vorgeschlagenen Anträge durch. Viel zu diskutieren gab die Frage des Streikrechtes. Mit 24 gegen 16 Stimmen wurde die Nennung des Streikrechtes in der Verfassung abgelehnt. Weder der Bundesrat noch die Minderheit hatten sich für uneingeschränktes Recht ausgesprochen. Der Bundesrat wollte das Recht auf Streik und auf Aussperrung als Derivate der Koalitionsfreiheit gewährleisten, aber nur wenn sie die Ar-

beitsbedingungen betreffen und den Verpflichtungen zur Wahrung des Arbeitsfriedens nicht entgegenstehen. Der Bundesrat sah auch gesetzliche Ausnahmen des Streikrechtes, etwa für Beamte, vor. Die Minderheit der Kommission wollte zwar das Recht auf Streik und jenes auf Aussperrung mit als Grundrechte begründen, diese Kampfmassnahmen mit

anträge. Sie erinnerten daran, dass die FDP die Verfassungen von 1848 und 1874 massgeblich geprägt hat. Die Freisinnigen haben deshalb ein eminentes Interesse daran, dass bewährte Grundwerte erhalten bleiben. Das vielfach revidierte Grundgesetz schafft jedoch keine politische Identität mehr. Deshalb wird eine Mise-à-jour befürwortet, die keineswegs



FDP-Bundesrat Kaspar Villiger warnte zum Abschluss der Wirtschaftsdebatte davor, in Hektik und politischer Aufgeregtheit das Gegenteil des Notwendigen zu tun. (Photo ruti)

Hinweis auf die geltende Rechtsordnung aber in der Verfassung indirekt garantieren. Die Ratsmehrheit argumentierte, ein Verfassungsrecht auf Streik bedeute einen Bruch mit der traditionellen Werthaltung in unserem Land, mache Kampfmassnahmen gleichsam salonfähig, was die Tradition der Sozialpartnerschaft schwäche.

Wesentlich strittiger gestaltete sich die Grundsatzdebatte zur Verfassungsreform im Nationalrat. Die offiziellen Fraktionssprecher der FDP beantragten namens der geschlossenen Fraktion Eintreten und Ablehnung der Rückweisungs-

eine lästige Pflichtübung ist, sondern der erste Schritt für weitere Reformvorhaben ist. Dabei muss der Versuchung widerstanden werden, sogenannte politische Visionen in die Nachführung zu packen und damit das Gesamte zu gefährden. Die Aktualisierung sollte nicht für ehrgeizigere Ziele missbraucht werden.

Wirtschaftsdebatte

Nachdem der Ständerat am Mittwoch nachmittag bereits die ausserordentliche Session zu den Folgen der Bankenfusion durchgeführt hatte, war der Nationalrat am Donnerstag nachmittag an der Reihe. Die SP-Frak-

tion hatte bekanntlich diese ausserordentliche Session während der Wintersession verlangt. Bis in die späten Abendstunden kamen rund 40 Rednerinnen und Redner zu Wort. Beschlüsse waren keine zu fassen, da lediglich die Diskussion über eine Reihe von Interpellationen zu diesem Thema traktandiert war. Über weite Stunden geriet die Diskussion nicht über die reine Polemik und den parteipolitischen Hickhack hinaus. Die FDP-Sprecher boten zwar Hand zum Stopfen von Steuerschlupflöchern, zum Schliessen von Bemessungslücken und zur einheitlichen Anwendung des Steuerrechtes.

Zum Abschluss der Wirtschaftsdebatte am Freitag morgen warnte Bundesrat Villiger davor, in Hektik und politischer Aufgeregtheit das Gegenteil des Notwendigen zu tun. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Steuern müssen langfristig berechenbar sein und nicht aus tagespolitischen Überlegungen über den Haufen geworfen werden. Das ständige Gerede von neuen Steuern rufe bei wichtigen Investoren Irritation hervor. Mittelfristig soll aber eine tiefgreifende Steuerreform ein Steuersystem mit ökologischen Anreizen schaffen. Die Unzufriedenheit und Verunsicherung der Bevölkerung müssten ernst genommen werden, unterstrich BR Villiger. Aber die Globalisierung könne nicht aufgehalten werden und bedeute auch eine Chance für das Exportland Schweiz. Die Schweizer Exportwirtschaft sei grösstenteils besser gerüstet als manches andere Land. Von der Wirtschaft muss aber erwartet werden, dass sie eine dezidierte Mitverantwortung für den Staat und die Gesellschaft übernimmt. Eine Zweidrittelsgesellschaft liegt auch nicht im langfristigen Interesse der Wirtschaft. ■

Melden Sie uns Ihre offenen Stellen

Am 20. Februar 1998 hat die FDP Schweiz die Aktion «Arbeitsplätze» gestartet. Sie wird einen Monat dauern und soll der FDP ein eigenes Bild von den Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt vermitteln. Primär angesprochen sind die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber.

GUS. Weshalb unternimmt die FDP eine solche Aktion?

■ FDP-Exponenten erhalten aus Unternehmerkreisen regelmässig die Klage, sie könnten offene Stellen nicht besetzen. Hinweise auf Missbräuche im Zusammenhang mit der Arbeitslosenversicherung ALV sind keine Seltenheit. Es besteht Klärungsbedarf.

■ Die FDP will helfen, offene Stellen zu vermitteln: Es handelt sich nicht um eine Konkurrenzierung bestehender Vermittlungsangebote. Die FDP-Aktion ist zeitlich beschränkt und dauert nur einen Monat. Alle Angebote werden an-

schliessend an die Aktion den verantwortlichen kantonalen Stellen weitergeleitet.

■ Die FDP will selbst in Erfahrung bringen, wie sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt präsentiert. Daraus wird sie nach Abschluss der Aktion ihre eigenen Schlüsse ziehen.

Machen Sie mit und füllen Sie den folgenden Talon aus, den Sie uns zusenden können, oder füllen Sie das Formular auf Internet unter <http://www.fdp.ch> aus. *Herzlichen Dank für Ihre Mitarbeit schon im voraus.*

Talon

Ja, ich habe offene Stellen!

Welche offenen Stellen können Sie anbieten?

Warum konnten Sie die Stellen bisher nicht besetzen?

Wie viele Stellen haben Sie seit 1990 neu geschaffen?

Ihre Adresse:

Unternehmung:

Nachname/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Tel./Fax:

E-mail:

Senden, faxen oder e-mailen Sie uns dieses Formular bitte bis 20. März 1998 an: FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern; Fax 031/320 35 00; e-mail gs@fdp-prd.ch

Oder schreiben Sie sich direkt auf unserer Website ein: <http://www.fdp.ch>

Arbeitslosigkeit. Problem der Bildung oder Missbrauch?

Jetzt wollen wir es wissen.

Melden Sie uns Ihre offenen Arbeitsstellen.

Die Reformpartei. FDP.

Die FDP will sich ein eigenes Bild von den Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt machen. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber klagen regelmässig, dass sie offene Stellen nicht besetzen können. Warum bleiben diese Stellen oft sehr lange frei? Jetzt wollen wir es selber wissen.

• Wer hat offene Stellen? • Warum konnten Sie die Stelle bisher nicht besetzen?

• Wie viele neue Stellen haben Sie seit 1990 geschaffen?

Faxen oder mailen Sie uns Ihre offenen Stellen mit der Angabe, warum Sie die Stelle nicht besetzen konnten bis 20. März 1998: FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern. Fax 031/320 35 00. E-Mail: gs@fdp-prd.ch, Internet: <http://www.fdp.ch>

Anschliessend an die Aktion werden die Stellenangebote an die zuständigen kantonalen Verwaltungsstellen weitergeleitet.



Freisinnig-Demokratische Partei

ABSTIMMUNGEN  Neue Kampagnenführung nötig

Frauen entscheiden Abstimmungen

In welchem Masse beeinflussen Frauen den Ausgang sachpolitischer Volksabstimmungen? Hat sich das Abstimmungsverhalten in den letzten Jahren geändert? Mit diesen Fragen beschäftigt sich Brigitte Kaufmann-Arn in folgendem Beitrag.

BRIGITTE KAUFMANN-ARN*



Frauen partizipieren in zunehmendem Masse an politischen Auseinandersetzungen. Ihre Einflussnahme bei sachpolitischen Abstimmungen nimmt zu. Die stärkere politische Integration der Frauen wurde von den zuständigen Gremien bei Wahlen erkannt. Bei Abstimmungen hingegen ist

* Parteileitungsmitglied der FDP Frauen Schweiz

die Bedeutung der Frauen an der sachpolitischen Auseinandersetzung noch nicht genügend in Kampagnenkonzepte und Massnahmen eingeflossen. Ein Beispiel dafür liefert die seit Jahren unveränderte Zielgruppendefinition «Frauen». Eine Gruppe, die rund 50 Prozent des Elektorates ausmacht, kann nicht als Zielgruppe definiert werden. Hier wären Kenntnisse des Frauenalltags gefragt! Eine den unterschiedlichen Biographien gerecht werdende dynamische Zielgruppendefinition gehört dringend ins

Pflichtenheft aller PR-Berater. In Anbetracht der wirtschaftspolitischen Bedeutung zahlreicher eidgenössischer Vorlagen wäre eine grundlegende Neuausrichtung der Kampagnenführung nötig.

Wertewandel schneller vollzogen

Eine Untersuchung der Vox-Analysen des GfS-Forschungsinstitutes macht deutlich, wie sich das Bild der insgesamt konservativ stimmenden Frau gewandelt hat. Die Fristenlösungs-Initiative 1978 wurde von den Männern angenommen und von den Frauen wuchtig verworfen. Ebenso die Vorlage zur Senkung des Stimm- und Wahlrechtsalters auf 18 Jahre, welche als Folge des Frauen-Neins abgelehnt wurde.

Die Umweltschutzfrage und die Waldsterben-Debatte lösten bei den Frauen Mitte der 80er Jahre einen Paradigmenwechsel aus. Die Frauen zeigten sich in Umwelt-, Verkehr- und Energiefragen eigenständiger. Sie vollzogen den Wertewandel in der Gesellschaft weit schneller als die Männer. So haben die Frauen allen Volksinitiativen, welche zwischen 1981 und 1991 zur Abstimmung kamen, um durchschnittlich fünf Prozent mehr zugestimmt als die Männer. Seit 1991 ist die Differenz der Stimmabgabe gewachsen. Sie schwankt heute zwischen sechs und sieben Prozentpunkten. Schon allein diese Tatsache müsste zu einer völlig veränderten Wahrnehmung der Informationsbedürfnisse der Frauen durch sämtliche Abstimmungs- und Kampagnenstrategen führen.

Frauen gewinnen Abstimmungen

Aufschlussreich ist auch die Untersuchung, wo sich Frauen mit ihrer Position durchsetzen. Das Volksmehr bei der Atom-Morato-

riums- und der Alpen-Initiative ist auf den hohen Ja-Stimmen-Anteil der Frauen zurückzuführen. Das Anti-Rassismus-Gesetz wurde ebenfalls dank den Frauen angenommen. Festsustellen ist, dass sich in jüngster Zeit Frauen eher durchsetzen als Männer. In Anbetracht der wirtschaftspolitisch bedeutsamen Abstimmungskämpfe der nächsten Monate und Jahre kommen bürgerliche Parteien und Wirtschaftsverbände nicht umhin, den Mitteleinsatz bei Abstimmungskämpfen zu überdenken. Eine stärkere Verlagerung eines Teils der ordentlichen Kampagne für frauenspezifische Massnahmen ist notwendig. Die langfristige, systematische Motivierung von Frauen (nach neuen Zielgruppen!) ist geboten. ■



Männer seien die besseren Köche, behaupten manche, doch keiner bestreitet, dass weitaus mehr Frauen tagtäglich mit Töpfen und Pfannen hantieren. Müsstem Männer soviel Zeit in der Küche verbringen, wie es ihre Partnerinnen klaglos tun, dürfte es öfter etwas Neues sein – etwas Gutaussehenderes, etwas Pfiffigeres, etwas auf dem neusten Stand der Technik, kurz: etwas Repräsentatives. – Wie etwa die Küche «Chef» von Driade, die wir Ihnen an der Gerechtigkeitsgasse 29 in Bern zeigen.

teo jakob

Verändertes Abstimmungsverhalten

Volksabstimmungen mit unterschiedlichem Volksmehr in der Stimmabgabe der teilnehmenden Frauen und Männer (1977–1995)

Jahr	Thema	Total Mehrheit	Ja in%	Frauen Mehrheit	Ja in%	Männer Mehrheit	Ja in%
a) Unterschiedliche Ja-Mehrheiten, Entscheid der Frauen massgeblich							
1978	Fristenlösungs-Initiative	Nein	48	Nein	43	Ja	53
1979	Stimm- und Wahlrechtsalter 18	Nein	49	Nein	47	Ja	51
1985	Ehe- und Erbrecht	Ja	55	Ja	61	Nein	48
1990	Atom-Moratorium	Ja	55	Ja	62	Nein	49
1993	Alpen-Initiative	Ja	52	Ja	56	Nein	49
1995	Anti-Rassismus-Gesetz	Ja	55	Ja	64	Nein	47
1995	Lex Friedrich	Nein	46	Nein	40	Ja	52
b) Unterschiedliche Ja-Mehrheiten, Entscheid der Männer massgeblich							
1979	Atom-Initiative	Nein	49	Ja	52	Nein	46
1982	Ausländer-Gesetz	Nein	49	Ja	53	Nein	45
1984	Energie-Initiative	Nein	46	Ja	51	Nein	42
1989	Kleinbauern-Initiative	Nein	49	Ja	51	Nein	48
1990	Ausstieg Atomenergie	Nein	47	Ja	55	Nein	40
1992	Weg vom Tierversuch	Nein	44	Ja	52	Nein	38
1993	40 Waffenplätze	Nein	48	Ja	52	Nein	44

Quelle: Vox-Datenbank

FREISINN-WETTBEWERB Was hat die Geschäftsleitung wohl «verbrochen»?

Nachdenklich . . .

... blickt ein Teil der Geschäftsleitung der FDP Schweiz drein, wenn der Generalsekretär Schuldige sucht! Weshalb wohl? Der neue Freisinn-Wettbewerb: Machen Sie mit!

GUS. An der ausserordentlichen Delegiertenversammlung der FDP Schweiz vom 24. Januar 1998 in Zürich im Hotel Marriot lief übers Ganze gesehen zwar alles rund. Doch gibt es – bei solchen Anlässen nicht ganz unüblich – technische Pannen. So führte eine Mikrofonpanne dazu, dass man sich in ein Basketball-Spiel versetzt fühlte; so klopfte die Lautsprecheranlage.

Am Schluss einer Delegiertenversammlung, wenn die Parole erfolgreich gefasst ist, schreitet der Generalsekretär Johannes Matyassy jeweils zur Übungsbesprechung. Hier hat er die Mitglieder der Geschäftsleitung, FDP-Nationalrat Präsident Franz Steinegger, FDP-Nationalrat Fulvio Pelli, Walter Sommer und FDP-Ständerätin Vreni Spoerry, offenbar zur Schelte zusammengerufen; zu diesem Schluss könnte man mindestens kommen, wenn man die nachdenklichen, schuldbewussten oder auch nur skeptischen Gesichter sieht.

Gerne möchten wir von Ihnen, liebe Freisinn-Leserinnen und -Leser, erfahren, was FDP-Generalsekretär

Johannes Matyassy der Geschäftsleitung wohl vorwirft. Haben sie während der Delegiertenversammlung dauernd und ohne das Mikrofon zu schliessen miteinander getuschelt? Waren die Krawatten farblich nicht aufeinander abgestimmt? Oder?

Unter den originellsten und humorvollsten Einsendungen verlosen wir wiederum ein FDP-Portefeuille und ein FDP-Foulard. Die besten Einfälle werden in der nächsten Ausgabe des «Freisinn» vorgestellt. Wir hoffen mit Ihrer kreativen Mithilfe zu erfahren, wessen sich die Geschäftsleitung der FDP Schweiz schuldig gemacht hat . . . ■



Nach der Delegiertenversammlung . . . (Photo ruti)

TERMINE

- März**
 2.–20. Frühjahrssession
 5. Geschäftsleitung
 10. Beamtencocktail
 17. Presseverband / Essen mit der Fraktion
- April**
 27.–30. Sondersession
 16. Sekretärenkonferenz / Geschäftsleitung
 17. Fraktionssitzung / Delegiertenrat
 18. Fraktionssitzung
 17./18. Ordentliche Delegiertenversammlung (Bern)
 21. Presseverband
- Mai**
 15. Von-Wattenwyl-Gespräch
 29. VorseSSIONALE Fraktionssitzung
- Juni**
 8.–26. Sommersession
 7. Eidgenössische Abstimmung
 11. Geschäftsleitung
 17. Fraktionsausflug
- Juli**
 7. Generalversammlung Presseverband (ganzer Tag)

(Talon zum Herausschneiden)

Ich weiss, was sich die Geschäftsleitung erlaubt hat:

« _____ »

Name, Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Einsenden oder faxen an:
 FDP der Schweiz, Wettbewerb «Freisinn»,
 Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 320 35 00,
 e-mail: gs@fdp-prd.ch

Herzliche Gratulation

GUS. Gleich zwei Schweizer konnten sich in europäischen Gremien über neue Ehren freuen: Der Basler Staatsrechtsprofessor Luzius Wildhaber wird Richter am neu organisierten Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Die parlamentarische Versammlung des Europarats hat ihn mit einem sehr guten Resultat gegen zwei Mitbewerber gewählt. Überhaupt scheinen Schweizer momentan im Europarat Konjunktur zu haben: FDP-Nationalrat Ernst Mühlemann wurde ebenfalls im Januar zum Vizepräsidenten der parlamentarischen Versammlung des Europarats gewählt. Die FDP Schweiz gratuliert den beiden herzlich! ■

GESUNDHEITSPOLITIK  Urteil des Versicherungsgerichts

KVG ist und bleibt ein Rohrkrepierer

Wer es bis heute noch nicht bemerkt hat, dürfte es wohl spätestens jetzt begriffen haben, dass das Eidgenössische KVG (Krankenversicherungs-Gesetz) ein Rohrkrepierer ist und bleibt. Eben wurde ein Versicherungsurteil bekannt, wonach die Kantone nun auch noch den Spitalaufenthalt bei ausserkantonalen Hospitalisationen in der Privat- und Halbprivatabteilung mitsubventionieren müssen. In der Folge dürfte es wohl so sein, dass auch innerkantonal hier die Kantone zur Kasse gebeten werden dürften. Die Kosten des Gesundheitswesens werden demzufolge für die

Kantone einen rasanten Anstieg erfahren, welche die kantonalen Finanzhaushalte aufs massivste belasten werden. Man spricht von rund einer Milliarde Franken (!) gesamtschweizerisch und kantonal von rund 30 Millionen Mehrkosten, wodurch die Krankenversicherer entlastet werden.

Die grossen Bedenken, die im Vorfeld der Abstimmung zum neuen KVG von verschiedenen Organisationen und Fachleuten geäussert wurden, bewahrheiten sich von Tag zu Tag. Ich bin nach wie vor der Überzeugung, dass mit der bedauerlichen Annahme des KVG ein Fehlentscheid

getroffen wurde. Diese missglückte Gesetzesvorlage muss schnellstens korrigiert werden, um wieder geordnete Verhältnisse herzustellen.

Das neueste Beispiel zeigt, dass die schweizerische Gesundheitspolitik ausschliesslich durch Gerichte, den Bundesrat, das Bundesamt für Sozialversicherung und durch den Preisüberwacher, mit zweifelhaften Entscheiden geprägt, gemacht wird. Praktisch alles läuft entweder gegen die Leistungserbringer oder die Kantone. Dies bedeutet, dass wir mit Riesenschritten Richtung Zweiklassenmedizin gehen.

Ein unhaltbarer Zustand, dem rasch ein Ende gesetzt werden muss, bevor das ganze Gesundheitssystem zum Erliegen kommt. Ein Gesundheitssystem, das weltweit als beispielhaft betrachtet werden darf und durch das KVG droht zerstört zu werden.

Immer wieder wird von Befürwortern und auch von Profiteuren des neuen KVG versucht, die positiven Seiten in den Vordergrund zu stellen. Nur, bedauerlicherweise kann ich dem neuen KVG überhaupt keine positiven Seiten abringen, sondern das KVG hat allen Beteiligten ausser den Krankenversicherern,

die sich erneut die Hände reiben dürften, nur Probleme gebracht. Probleme, auf die die damaligen und heutigen Gegner des durch Planwirtschaft geprägten KVG immer wieder aufmerksam gemacht haben.

*Silvio Zuccolini,
Spitaldirektor,
Thuisis*

Neue Wege an der Zuidersee

Hollands wirtschaftliche Lage schien hoffnungslos – Arbeitslosigkeit und grassierende Sozialausgaben drohten dem Land den wirtschaftlichen Schnauf zu nehmen. Heute jedoch tönt es anders. Hunderttausende von neuen Arbeitsplätzen konnten geschaffen werden, und die Sozialausgaben konnten gesenkt werden. Hinter diesen aufsehenerregenden Zahlen steht eine Geschichte, ein Modell, das «Polder-Modell».

Was ist das Geheimnis dieses Erfolgsmodelles, das sich fast wie ein Märchen anhört? Im Grunde

wurde eine alte Wahrheit neu entdeckt. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben sich zusammengesetzt, haben einander angehört und haben erkannt, dass ohne beidseitige Opfer kein Weg bestand, um aus der Misere herauszukommen. Man kam zu Vereinbarungen, die dazu führten, dass z. B. die Arbeitslosenentschädigungen massiv herabgesetzt wurden und die Krankenversicherung umgebaut. Heute zeigen die Wirtschaftszahlen, dass es mit Holland bergauf geht. Es konnten 150 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden, und die

Staatsverschuldung hat abgenommen. Verlorene Konkurrenzfähigkeit konnte zurückgewonnen werden. Die Stimmung im Lande hat sich gewandelt. Holland hat neues Selbstbewusstsein gewonnen. Noch immer gibt es Probleme, aber eine hoffungsvolle Wende ist Tatsache geworden.

Claudia Kohlschütter hat in ihrem Leitartikel im «Freisinn» vom Jan./Febr. 98 Hollands «Polder-Modell» zur Diskussion gestellt. Auf die Frage, ob es auch als Vorbild für die Schweiz gelten könne, erklärte sie, so etwas sei in

der Schweiz nicht realisierbar.

Doch sind die Entwicklungen in den westlichen Industriestaaten nicht tendenziell die gleichen, die Hollands Wirtschaft in einen Engpass getrieben haben? Zeigt sich nicht immer deutlicher, dass unverhältnismässige Sozialausgaben mit steigender Arbeitslosigkeit Hand in Hand gehen? Wird nicht immer augenscheinlicher, dass gewisse Grenzen nicht ohne Schaden überschritten werden können?

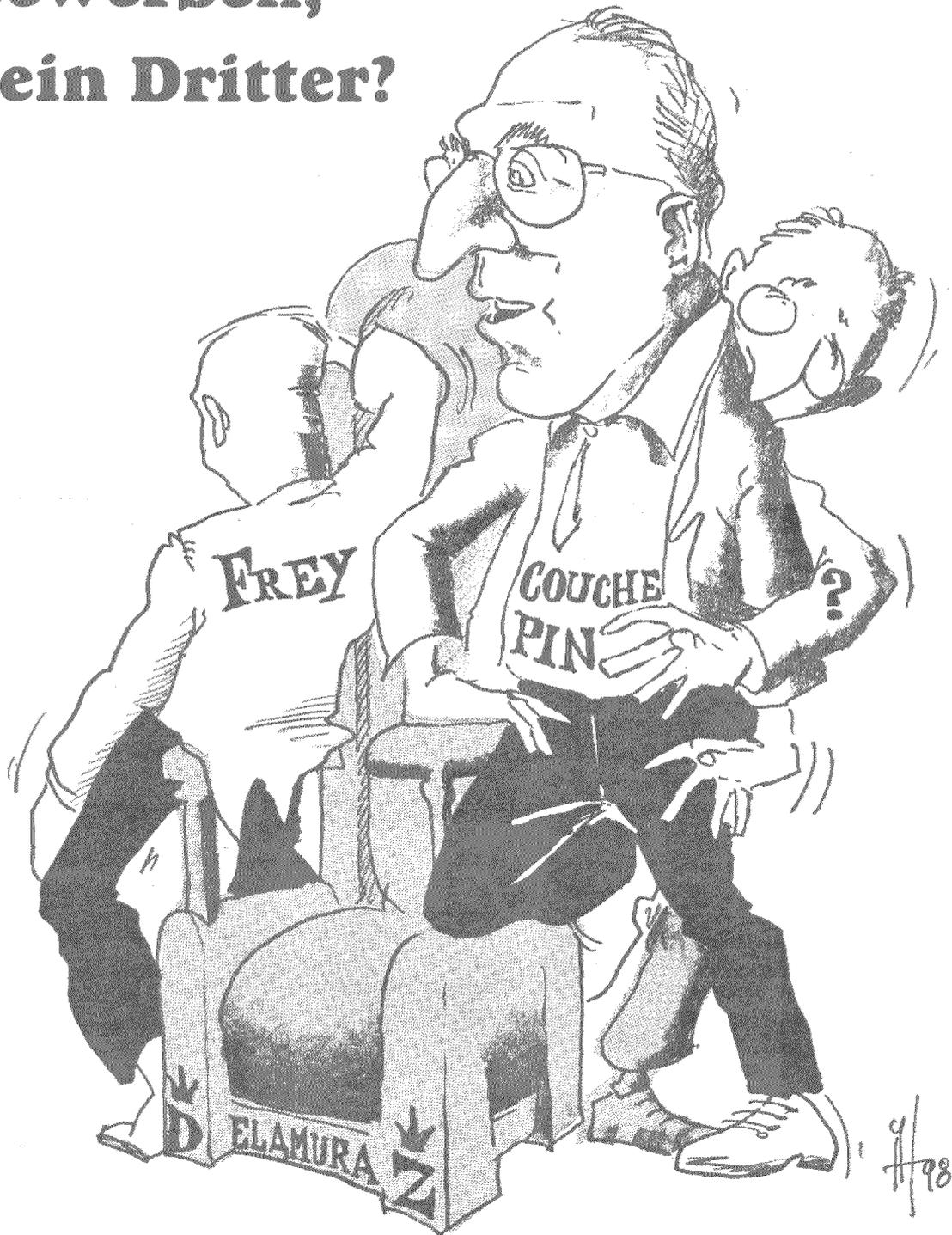
Holland unter sozialdemokratischer Führung hat einen neuen Weg beschriftet,

der sich auf Grund von eindeutigen Ergebnissen als erfolgreich erweist.

Warum sollten wir in der Schweiz nicht fähig sein, ähnliche Schritte zu tun? Schliesslich gab es ja einst in unserem Land ein Friedensabkommen, dessen wohltuende Wirkung allen Schichten während Jahrzehnten zugute gekommen ist.

Rudolf Burger, Burg

Wenn zwei sich bewerben, lacht ein Dritter?



Karikatur Andreas Töns

BERICHT IDA FiSo II  *Freisinnige Reformen statt linke Ausbauträume*

Für gesunde Sozialwerke 2010 plus

Kurz vor Weihnachten haben vornehmlich Vertreter des Eidgenössischen Departements des Innern (EDI) die Resultate der Arbeit der Interdepartementalen Arbeitsgruppe Finanzierungsperspektiven der Sozialversicherungen II (IDA FiSo II) der Öffentlichkeit präsentiert. Die politische Weiterführung der Arbeit ist durch die Ferienpause jäh unterbrochen worden. Dies hindert die FDP nicht daran, mit Nachdruck die notwendigen Folgerungen zu ziehen.

FDP-PRESSECHIEF
GUIDO SCHOMMER



Mittel- und langfristig hat die schweizerische Sozialpolitik ein grosses Problem: die Bevölkerungsentwicklung. Der steigende Rentneranteil an der Bevölkerung und die voraussehbare Abnahme der erwerbstätigen Bevölkerung öffnen eine gefährliche Finanzierungsschere. Einerseits werden die Leistungen der Sozialwerke – sprich Auszahlungen – steigen, bedingt durch die grössere Anzahl Rentnerinnen und Rentner. Andererseits kommen die geburten-schwachen Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt und verringern die Einzahlungen in die lohnprozentfinanzierten Sozialwerke. Die Ausgangslage ist also höchst unangenehm, wir stehen vor einem veritablen Sozialversicherungsproblem. Grundsätzlich haben wir zwei Möglichkeiten, die Rechnung der Sozialwerke wieder auszugleichen. Wir können unserer Bevölkerung und damit jedem einzelnen höhere Steuern oder Lohnabzüge zumuten und damit das verfügbare Einkommen schmälern, oder

wir können leistungsseitig Korrekturen vornehmen, welche die Ausgaben möglichst nicht ansteigen lassen. Aus freisinniger Sicht geniesst klar die zweite Handlungsmöglichkeit Priorität.

Sicherung der Sozialwerke statt gefährliche Verharmlosung

Die Lage darf nicht verharmlost werden. Die Schweiz hat ein Sozialversicherungsproblem, und zwar ein gravierendes. Die Studien IDA FiSo I und II haben aufgezeigt, wie gross das Problem ist und mit welchen möglichen Massnahmen Besserung erzielt werden kann. In der Interpretation dieser Berichte sind jedoch verbreitet Fehler aufgetaucht, indem weite Kreise der Verharmlosungsstrategie des EDI und vielfach verstärkt von SP und Gewerkschaften auf den Leim gegangen sind. Einige zentrale Punkte zur Berichtigung sollen hier erwähnt werden:

■ Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb zusätzliche Lohn- und Mehrwertsteuerprozent den Standort Schweiz nicht beeinträchtigen sollen. Die Studien, die solches belegen wollen, stammen mehrheitlich von

bekanntermassen eher politisch links stehenden Instituten. Näher liegt die dringende Vermutung, dass geschmälerete konsumierbare Einkommen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zurückgehen lassen und damit wachstumshemmend wirken. Hier wird interessant sein, ob andere wissenschaftliche Institute zu identischen Ergebnissen kommen werden. Im übrigen wäre allein die negative Auswirkung auf die verfügbaren Einkommen – zu deutsch: der immer kleiner werdende Lohn – schon Grund genug, in Richtung Reformen statt Ausbau zu schreiten.

■ Von einem Ende des sozialpolitischen Moratoriums kann nicht die Rede sein. Wenn es noch eine Begründung für den sozialpolitischen Umbau und gegen einen weiteren Ausbau auf Kosten zukünftiger Generationen gebraucht hätte, dann werden diese durch die IDA-FiSo-Berichte geliefert.

■ Jetzt Vorlagen für jede Versicherung einzeln zu planen ist der sichere Weg zum Misserfolg – siehe Referendum Arbeitslosenversicherung. Die mittel- und langfristige Sicherung der Sozialwerke hat als Paket daherzukommen, damit klar erkennbar wird, dass alle Einwohnerinnen und Einwohner im Interesse gesunder und finanzierbarer Sozialversicherungen gewisse Leistungskorrekturen in Kauf nehmen müssen. Die FDP hat immer für eine Gesamtschau plädiert.

■ Die Reformen der Sozialwerke sind getrennt von

den Bemühungen um die Erreichung des Haushaltsziels 2001 zu diskutieren und zu beschliessen. Die grossen demographischen Probleme treten insbesondere bei der AHV nach 2001 auf. Kurzfristig ins Sanierungsprogramm aufzunehmen sind aber Korrekturen bei der Arbeitslosenversicherung, da diese bereits heute massiv im Defizit steckt. Für die Beibehaltung des dritten AHV-Lohnprozents und die Einführung eines zusätzlichen AHV-Mehrwertsteuerprozents macht die FDP Korrekturen auf der Leistungsseite zur Bedingung.

■ Ein sehr grosser finanzieller Mehrbedarf wird im Bereich Krankenversicherung ausgemacht. Allerdings vermisst man im Bericht konkrete Ansätze zu Einsparungen. Das EDI ist gefordert, einen klaren Fahrplan mit zeitlichen Vorgaben zu machen, wie es diesen besonders heiklen Bereich – Prämien! – in den Griff bekommen will.

■ Die im IDA-FiSo-II-Bericht bereits als Status quo betrachtete Mutterschaftsversicherung ist nicht vom Parlament, geschweige denn vom Volk beschlossen. Die FDP erachtet das Postulat des genügenden Mutterschaftsschutzes als weitgehend erfüllt. Wo noch Verbesserungspotential besteht, ist dies durch kantonale Mutterschaftsbeihilfen zu nutzen.

■ Von der verführerischen Annahme, Sparbeiträge eines Sozialversicherungssektors könnten für Ausbau in einem andern Sektor verwendet werden, ist wegzu-

kommen. Solche Einsparungen sind als Beitrag an die Defizitverringering und damit an die Überlebensfähigkeit der schweizerischen Sozialwerke insgesamt zu verstehen.

Wegweisender Entscheid über Haushaltsziel 2001

Die sogenannte «Weiterentwicklung des Sozialversicherungssystems» kann keine Kompromisslösung zwischen Ausbau und Abbau sein. Die Lösung ist in der mittelfristigen Überlebensfähigkeit der Sozialwerke zu suchen. Methodisch bieten sich für die Konsensfindung Gespräche am runden Tisch an, wie sie die FDP bereits nach Veröffentlichung des IDA-FiSo-II-Berichts gefordert hat. Bei diesen Gesprächen unter starker Federführung des Bundesrates – nicht des EDI allein! – sind Parteien und Sozialpartner aufgefordert, ein gemeinsam durchsetzbares Paket zu finden und zu schnüren. Dabei soll es durchaus zu harten, aber fairen Verhandlungen kommen. Dieser Weg ist angesichts der Tragweite des Geschäfts sinnvoll und entspricht der politischen Tradition der Schweiz, das Gespräch gegenüber der Konfrontation vorzuziehen. Wer solche Konsensgespräche ohne Not verlässt, muss sich den Vorwurf gefallen lassen, er wolle keine «gesunden Sozialwerke 2010 plus».